



Bild: StMFH Graser Florian

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Oberbürgermeister Markus Pannermayr, Stadt Straubing und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags; Vizepräsident Stefan Proßer, Sparkassenverband Bayern; Walter Strohmaier, Bundesobmann der deutschen Sparkassen und Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Niederbayern-Mitte; Ministerpräsident Dr. Markus Söder; Präsident Matthias Dießl, Sparkassenverband Bayern; Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Stadt Fürth und 1. Verbandsvorsitzender; Dr. Matthias Everding, Landesobmann der bayerischen Sparkassen und Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Nürnberg.

Bild: Sparkassenverband Bayern

Bayerischer Sparkassentag 2024 in Straubing:

„Stabil. Achtsam. Verantwortungsvoll.“

Unter dem Motto „Stabil. Achtsam. Verantwortungsvoll.“ führte der Bayerische Sparkassentag 2024 in Straubing rund 470 Gäste aus Sparkassen, Trägerkommunen, Politik und Gesellschaft zusammen. Laut Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, lassen sich Erfolge aus der Vergangenheit nicht automatisch in die Zukunft verlängern. „Deshalb gestalten wir den Weg dahin aktiv mit unserer Geschäftsstrategie. Wir zeigen, dass wir verstanden haben, worauf es gerade in diesen Zeiten ankommt.“

Dießl zufolge „brauchen unsere Kundinnen und Kunden in dieser komplexen und hochvolatilen Welt zuverlässige und kompetente Berater und Begleiter in den entscheidenden Fragen ihrer persönlichen finanziellen Lebensplanung. Denn es geht um viel mehr als ums Sparen: Einen klaren Plan, Finanzbildung, Entscheidungskompetenz. Die Sparkassen und die Menschen, die hier arbeiten, machen den entscheidenden Unterschied.“ Der Verbandspräsident verspricht sich dabei auch weiterhin Unterstützung von der Staatsregierung für die Sache der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und damit für alle Regionen des Freistaats.

Einzigartiges Institutssicherungssystem

Mit Blick auf die Bundes- und Europapolitik wies Dießl darauf hin, dass Sparkassen kei-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Genossenschaftsbanken stark, stabil und erfolgreich mache und damit auch Europa stabilisiere und den Erfolg der Heimat Bayern stütze.

Spiegel der Gesellschaft

Dazu gehöre auch, dass die Sparkassen als Spiegel der Gesellschaft achtsam gegenüber deren Veränderungen seien. Denn „nicht nur die Zukunft unserer Gesellschaft ist bunt, divers, international. Auch die Gegenwart ist es schon. Und das ist gut so. Wir haben aber nur dann eine Zukunft, wenn wir bei Ein-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Kultursommer im ganzen Freistaat!

Das Angebot ist riesig und die Wahl fällt schwer. Die beste HiFi-Anlage kann den Besuch eines Konzerts nicht ersetzen. Musik live zu erleben ermöglicht eine einzigartige Atmosphäre – insbesondere vor spektakulärer Kulisse. Der Musiksommer am Walchenseekraftwerk ist eine feste Größe im Kultur-Kalender von Koche und Umgebung. Vielleicht wird er so beständig wie das Wasserkraftwerk selbst, dessen 100-jähriges Jubiläum in diesem Jahr gefeiert wird. Vor der eindrucksvollen Kulisse der benachbarten Bergwelt, in die die technischen Anlagen des von Oskar von Miller konzipierten Kraftwerks eingebettet sind, gemeinsam Musik ausgewählter Künstlerinnen und Künstler erleben zu dürfen, gilt als kultureller „Leckerbissen“ der Extraklasse. Das ist „Heimat, Konstanz und Stabilität“, so heißt es in der Einladungskarte. Bei einer zuverlässigen Hundertjährigen, die CO2-frei und grundlastfähig saubersten elektrischen Strom liefert, ist das wohl angebracht. Unser Bild entstand beim Konzert der Bananafishbones, die direkt aus der Region stammen. Zwei Konzerte stehen noch an: Infos: https://www.uniper.energy/sites/default/files/2024-03/3500_MUSO24_Programm_online_20240321.pdf.

Bild: Rene van der Voorden

Verleihung der Heimatpreise Bayern:

Gelebte Gemeinschaft

Zwanzig vorbildliche Projekte wurden in München und Nürnberg von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mit dem Heimatpreis im Rahmen des Festakts „Heimat Bayern“ ausgezeichnet. „Die Preisträgerinnen und Preisträger verleihen ihrer Heimatverbundenheit unter anderem Ausdruck in den Bereichen Kultur, Dialektpflege, generationsübergreifender Austausch sowie Erhalt und Pflege von Bräuchen und der Heimatgeschichte“, betonte Füracker.

Zu den mit dem Heimatpreis Geehrten zählt der oberbayerische Deutenhauser Viergsang. Seit bereits 35 Jahren bestehend, hat er es sich im Rahmen überwiegend ehrenamtlicher Tätigkeit zur Aufgabe gemacht, original bairisches Liedgut zu pflegen, zu bewahren und weiterzugeben. Dabei ist es ihm besonders wichtig, die Lieder aus der unmittelbaren Region wiederzubeleben und erneut zu Gehör zu bringen. Neben altüberlieferten Liedern werden auch neue geschaffen und gesungen.

Musiziertradition erhalten

Um die Heranführung und Weiterbildung von Kindern und Jugendlichen an die überlieferte Musikkultur kümmert sich in besonderer Weise der Verein „Aufgsput und gsunga“ aus dem oberbayerischen Ainring. So vermittelt er etwa in Kindergärten, Schulen und Vereinen die Bedeutung von Tradition für einen gelungenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig ist es dem Verein ein großes Anliegen, Musiziertradition zu erhalten und behutsam fortzuentwickeln.

Der „Apostelfischer“ Passau e.V. zählt mit Grundsteinlegung im Jahr 1358 zu den ältesten Vereinigungen der Stadt Pas-

saun und besteht in seiner heutigen Form als eingetragener Verein seit 1962. Das Fischereirecht zwischen Gaißa- und Ilzmündung wurde nach urkundlicher Belegung zwölf Passauer Fischern eingeräumt. Der heutige Name „Apostelfischer“ ist unter anderem auf die Anzahl der Jünger Jesu zurückzuführen. Mit gezieltem Befischen, seinem Einsatz für den Erhalt bedrohter Arten und seinem Engagement bei der Pflege neuer Ausgleichs-

Heimtpflegerische Belange

Abstammend von dem Begriff „Bläserisches Musikfestival“ organisiert der Bluval e.V. jährlich ein mehrwöchiges Musikfestival namens Bluval, das heuer nicht nur 30-jähriges Jubiläum feiert, sondern mittlerweile zu einem Synonym für den Musikherbst in und um Straubing geworden ist. Mit seinem breiten Spektrum von Volksmusik über Klassik bis hin zu Jazz bietet die Veranstaltung eine hohe künstlerische Qualität: Alleinstellungsbeispiel bei der Pflege neuer Ausgleichs-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bürgerpreis 2024 des Bayerischen Landtags:

„Nie wieder ist jetzt!“

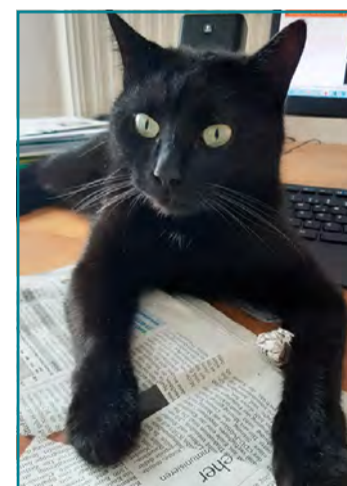
Drei Initiativen erhalten dieses Jahr den Bürgerpreis des Bayerischen Landtags, der unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt! Ehrenamtliches Engagement für Vielfalt, Zusammenhalt und Demokratie“ ausgelobt wurde. Alle Preisträger setzen sich in besonderer Weise sowohl für die Erinnerungskultur ein, als auch dafür, dass sich Ereignisse aus der Geschichte nicht wiederholen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner verleiht im Oktober die Preise. Diese Erinnerungen wachzuhalten, „ist immens wichtig für unsere Gesellschaft“, so Aigner.

Mit 25.000 Euro wird der „Erinnerungsort BADEHAUS“ bedacht; ein multimediales Museum in Wolfratshausen-Waldram, das die besondere und lange verdrängte Ortsgeschichte unter anderem als NS-Mustersiedlung, Lager für Zwangsarbeitskräfte und nach 1945 als Fluchtpunkt für jüdische „Displaced Persons“ erforscht und dokumentiert.

15.000 Euro gehen an das Inklusionsprojekt „Nie Wieder!“ der Lebenshilfe Miltenberg e.V. Dort arbeiten hochbegabte Schülerinnen und Schüler mit Menschen mit Behinderungen zusammen und ergründeten gemeinsam Schicksale von Menschen mit geistigen Behinderungen in der NS-Zeit.

Mit „Alef-Bet – das Alphabet der Erinnerungskultur“ (Strullendorf, 10.000 Euro) hat das deutsch-israelische Forschungs- und Bildungsprojekt „Arche Musica“ ein flexibel und individuell anpassbares Schulprojekt zur aktiven Erinnerungskultur und zur Antisemitismusprävention entwickelt. Ziel des Projekts ist es, Jugendlichen Wissen über die jüdisch-deutsche und jü-

disch-bayerische Geschichte zu vermitteln und das demokratische Verständnis zu stärken. DK



Als alarmierend bezeichnet Rathauskater Pino das Ergebnis einer Allensbach-Studie: 44 Prozent der Bevölkerung trauen sich nicht ihre Meinung zu sagen. „Die Demokratie“, so der Kater, „wurde geboren, als der erste mutige Mann öffentlich sagte ‚Der König ist ein Tyrann‘.“ Seite 13

Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtag: Aktuelle Stunde zum Wehr- und Sozialdienst	Seite 2
Ministerrat: Erfolgreicher Artenschutz	2
Staatsregierung: Ausbaukonzept für Ganztagsbetreuung	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Gemeinsam die zukünftige Finanzpolitik neu denken!	3
BKPV-Geschäftsbericht 2023: Empfehlungen für die Praxis	3
Kommunalen Haushalten droht Rekorddefizit	3
Kommunale Energiethemen	5-8
Kommunale Verkehrsthemen · ÖPNV	9-10
GaLaBau · Kommunaltechnik · Krisenvorsorge	10-11
Aus den bayerischen Kommunen.	12-14

Bayerischer Landtag:

Aktuelle Stunde zum Wehr- und Sozialdienst

In einer aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag wurde das Thema „Für das Gemeinwohl: Verteidigungsfähigkeit herstellen – soziales Engagement stärken“ kontrovers diskutiert. In der Debatte um die Wiedereinführung von Wehr- und Sozialdienst wollen die Freien Wähler ihre Pläne für ein verpflichtendes „Gemeinschaftsjahr“ mehrheitsfähig machen. Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag plädiert für eine bundesweit verpflichtende „Gesellschaftszeit“ für Männer und Frauen und verabschiedete dazu eine Resolution.

Grundsätzlich soll die verpflichtende Gesellschaftszeit ein Jahr betragen, wobei es flexible Modelle geben soll. Damit sollen verschiedene Lebensentwürfe abgedeckt werden, um jungen Menschen ein möglichst breites Spektrum an Auswahlmöglichkeiten anzubieten.

Finanzieller Ausgleich

Der Vorschlag der CSU-Fraktion enthält zudem einen angemessenen finanziellen Ausgleich sowie pädagogische und fachliche Begleitung. Mögliche Einsatzorte könnten zentrale Bereiche des Gemeinwesens wie Kirchen, Hilfs- und Blaulichtorganisationen, soziale Einrichtungen und Sportvereine sein. Zudem müsse der Bund im Haushalt 2025 die nötigen Weichenstellungen vornehmen, damit bis zur Schaffung der notwendigen Strukturen für eine verpflichtende Gesellschaftszeit schon heute mit dem schrittweisen Aufwuchs der Plätze für die bestehenden Freiwilligendienste begonnen werden kann.

„Eine neu gestaltete Wehrpflicht für Männer und Frauen soll eine von mehreren Möglichkeiten sein, die verpflichtende Gesellschaftszeit abzuleisten“, heißt es weiter. Zuvor ist angedacht, die

Aussetzung der Wehrpflicht stufenweise zurückzunehmen.

Engagieren sich junge Menschen während der Schul- und Studienzeit oder während der Ausbildung über einen längeren Zeitraum für das Gemeinwohl, sollen davon mehr profitieren, zum Beispiel durch zertifizierte Aus- und Fortbildungen und die verstärkte Vergabe der Bayerischen Ehrenamtskarte an Nicht-Vereinsmitglieder. Darüber hinaus wird ein bayernweiter Informations- und Aktionstag für Schülerinnen und Schüler zum Thema Ehrenamt und Freiwilligendienste erwogen.

Mehr tun als die Pflicht

„Unsere Gesellschaft lebt von Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht. Das Engagement dieser Bürgerinnen und Bürger macht das Leben in Bayern so lebenswert. Wir spüren jedoch, dass die Überzeugung, das Gemeinwesen aktiv mitgestalten zu wollen, nachlässt. Gleichzeitig müssen wir unsere Prioritäten aufgrund der Bedrohung durch Russland anders setzen.“

Ministerrat:

Erfolgreicher Artenschutz

Die Staatsregierung hat fünf Jahre nach dem erfolgreichen Volksbegehren „Rettet die Bienen“ ein positives Fazit ihrer Bemühungen rund um den Artenschutz gezogen. Wie Umweltminister Thorsten Glauber und Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber nach einer Kabinettsitzung in München mitteilten, seien inzwischen fast 90 Prozent aller Maßnahmen aus dem Volksbegehren und einem 2019 verabschiedeten Begleitgesetz verwirklicht.

Das umfangreiche Maßnahmenpaket des „Volksbegehrens Plus“ habe zu einer Vielzahl von naturschutzrelevanten Verbesserungen geführt, erläuterten die beiden Ressortchefs. So sei z. B. das bayerische Vertragsnaturschutzprogramm deutlich ausgeweitet worden. Die Flächen hätten sich von 90.000 Hektar im Jahr 2018 auf aktuell über 164.000 Hektar fast verdoppelt.

Biodiversitätsberatung in der Fläche

Um die Beratung in der Fläche zu stärken, wurden 50 Stellen für Biodiversitätsberatung und deren Koordinierung geschaffen. Um naturschutzrelevante Maßnahmen vor Ort umzusetzen, wurde zudem die Neugründung von Landschaftspflegeverbänden unterstützt. Diese sind inzwischen auf deutlich über 90 Prozent der Landesfläche als Partner bei der Umsetzung naturschutzrelevanter Maßnahmen aktiv. Aus dem Volksbegehren sind weitere wichtige Projekte entstanden, wie etwa der Bayerische Streuobstpakt.

Bayern ist laut Glauber und Kaniber deutschlandweiter Vorreiter im Ökolandbau, den der Freistaat mit jährlich rund 120 Millionen Euro unterstützt. Aktuell bewirtschaften rund 11.900 Ökobetriebe eine Fläche von rund 420.000 Hektar, das sind 13,6 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. 35 Öko-Modellregionen umfassen mittlerweile 43 Prozent der Landesfläche. Mit dem Landesprogramm BioRegio 2030 wird der Öko-Sektor gestärkt und weiterentwickelt.

Um rund 19 Prozent wurde die

Eine Politik, niemandem etwas abzuverlangen, wird nicht mehr funktionieren“, bekräftigte CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek.

Der Staat sind wir alle

„In Zeiten äußerer Bedrohung durch einen Aggressor darf, ja muss es mehr Zumutungen geben. Denn der Staat sind wir alle und er kann nur erfolgreich funktionieren, wenn die große Mehrheit ihn und seine Werte trägt und sich beteiligt, die Herausforderungen gemeinsam zu meistern“, urteilte der Fraktionschef. Eine verpflichtende Gesellschaftszeit sei eine Antwort auf die große Sorge vieler Menschen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bestehende Hürden wie zu niedriges Taschengeld oder fehlende Teilzeitoptionen ließen sich beiseiten. „Wir sind offen für eine breite Debatte zur Ausgestaltung einer Gesellschaftszeit.“

Wir müssen zusammenhalten

„Wir sind eine Gesellschaft, wir müssen alle zusammenhalten“, unterstrich der erste stellvertretende FW-Fraktionsvorsitzende Bernhard Pohl. Gerade der russische Angriffskrieg in der Ukraine habe gezeigt, „dass wir wieder stärker werden müssen – nach außen wie nach innen“. Das von den Freien Wählern favorisierte verpflichtende Gemeinschaftsjahr solle für Männer wie Frauen gelten und als „Teil gelungener Integration“ auch Migranten mit unbefristetem Bleiberecht einbeziehen. Die zum Dienst verpflichteten jungen Menschen hätten dabei

die Wahl, ob sie bei der Bundeswehr dienen oder sich sozial engagieren wollen.

Dramatischer Personalmangel

„In Anbetracht des dramatischen Personalmangels in der Pflege ist es umso wichtiger, junge Menschen für soziale Berufe, insbesondere auch in der Pflege, zu interessieren und so die Bereitschaft für das Ergreifen eines Pflegeberufs zu wecken“, führte Fraktionskollege Thomas Zöller aus. Gleichzeitig könne ein gemeinsinniges Jahr das gute Gefühl vermitteln, eine sinnstiftende Tätigkeit zu leisten und zum Gemeinwohl beizutragen.

Laut AfD-Fraktionsvize Martin Böhm fällt Verteidigungsfähigkeit nicht vom Himmel, sondern fängt in den Köpfen der Menschen an. „Doch was sind die schönsten und blumigsten Appelle wert, wenn die gesellschaftlich herrschenden Kräfte das angebliche Ziel in der Praxis permanent unterminieren?“, fragte Böhm.

Die richtigen Weichenstellungen im Bund

Verteidigungsfähigkeit bedeute auch im Bund die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Die vom Bundeskabinett im Juni 2023 beschlossene Nationale Sicherheitsstrategie sei zu spät gekommen und es habe eine entscheidende Komponente, nämlich eine parallele wirtschaftspolitische Strategie für den Rüstungsstandort Deutschland, gefehlt. „Unsere Militärtechnik, unsere Waffen und die Ausrüstung für unsere Soldaten sind aus deutschen und europäischen Quellen zu beschaffen, nicht aus Übersee“, betonte Böhm.

Florian Siekmann (Bündnis90/Die Grünen) übte Kritik an der Idee eines Pflichtjahres. Jetzt

Staatsregierung:

Ausbaukonzept für Ganztagsbetreuung

Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab dem Schuljahr 2026/27 hat die Staatsregierung nun ein „Gesamtpaket“ angekündigt. Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf und Kultusministerin Anna Stolz haben dazu Eckpunkte vorgelegt, mit denen die Kommunen intensiver unterstützt werden sollen.

So gibt es zusätzlich zur Investitionskostenförderung für jeden weiteren geschaffenen Platz eine Ausstattungspauschale in Höhe von 1.500 Euro. Damit können zum Beispiel Möbel, Spielgeräte oder Küchen finanziert werden. Das Landesförderprogramm sieht zudem eine einheitliche Platzpauschale zur Förderung der Investition in Höhe von 6.000 Euro vor. Diese Pauschale erhalten nun auch Plätze, die unter Schulaufsicht stehen oder in Kombiarrangements angesiedelt sind. Bislang lag hier die Förderpauschale bei 4.500 Euro. Diese Platzpauschale wird zusätzlich zur regulären Förderung nach dem BayFAG bzw. dem Schulfinanzierungsgesetz geleistet.

Hortbereich ausbauen

Darüber hinaus wird die Förderung von Um- und Erweiterungsbauten im Hortbereich erleichtert, indem die Bagatellgrenze auf 50.000 Euro halbiert wird. Außerdem wird künftig eine gleichzeitige Förderung durch das Bayerische Holzbauförderprogramm ermöglicht.

Die viertägigen Angebote unter Schulaufsicht (offener, gebundener Ganztags- und Angebote der Mittagsbetreuung) werden auf fünf Tage während der Schulwochen ausgeweitet. Zur Finanzierung der Betriebskosten werden Bundesmittel in voller Höhe an die Kommunen weitergegeben. Diese erhalten organisatorische Unterstützung bei der Umsetzung der Ferien-

betreuung, z. B. bei der Durchführung von Bedarfsabfragen in den Schulen.

Neuer Wehrdienst

Mit dem von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius vorgelegten Plan zur schrittweisen Einführung eines neuen, auf Freiwilligkeit beruhenden Wehrdienstes, stimmte Parteigenosse Markus Rinderspacher überein. Mehr sei mit den aktuellen Strukturen der Bundeswehr derzeit nicht umsetzbar. Nach seiner Auffassung müssten auch die Sozialdienste freiwillig bleiben. Eine einjährige Pflicht für alle würde den Fachkräftemangel verschärfen, zudem sei in sozialen Berufen mehr ausgebildetes Personal und keine möglicherweise unmotivierten Pflichtdienstleister erforderlich.

Laut einer aktuellen Studie des ifo Instituts für das Bundesministerium der Finanzen könnte die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland gesamtwirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe verursachen. Die Studie untersucht die Kosten der Wehrpflicht in drei Szenarien. Betrifft die Wehrpflicht einen gesamten Jahrgang (100 Prozent), wäre mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung (Bruttonationaleinkommen) um 1,6 Prozent oder knapp 70 Milliarden Euro zu rechnen. Falls ähnlich wie bei der alten Wehrpflicht knapp ein Viertel eines Jahrganges eingezogen würde,

könnte die Wirtschaftsleistung um 0,4 Prozent oder 17 Milliarden Euro zurückgehen. Werden nur 5 Prozent eines Jahrganges eingezogen (ähnlich wie in Schweden), beträgt der Rückgang 0,1 Prozent oder 3 Milliarden Euro. „Eine Wehrpflicht im Rahmen eines sozialen Pflichtjahres würde jährlich wirtschaftliche Kosten verursachen, die in etwa so groß sind, wie die Mittel aus dem Verteidigungshaushalt und dem Sondervermögen Bundeswehr im Jahr 2024 zusammen“, erläuterte ifo-Militärexperte Marcel Schlepper. Die Kosten entstünden vor allem, weil junge Menschen erst später beginnen, Humankapital und Vermögen aufzubauen. „Als Alternative zur Wehrpflicht wäre es sinnvoller, die Bundeswehr mit mehr Mitteln auszustatten, um sie als Arbeitgeber attraktiver zu machen.“

Höhere Gehälter

Denkbar wäre, den Wehrdienstleistenden höhere Gehälter zu bezahlen“, hob ifo-Forscher Panu Poutvaara, Leiter des ifo Zentrums für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung, hervor. Dies würde zwar den Staatshaushalt stärker belasten, die gesamtwirtschaftlichen Kosten fielen aber um fast die Hälfte geringer aus als bei der Wehrpflicht: 37 statt 70 Milliarden Euro (im 100-Prozent-Szenario), 9 statt 17 Milliarden Euro (im 25-Prozent-Szenario) und 2 statt 3 Milliarden Euro (im 5-Prozent-Szenario). Die militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr würden bei der Marktlösung in jedem Szenario im gleichen Maße wie bei der Wehrpflicht wachsen. Die Kosten einer Wehrpflicht wären zudem nicht gleichmäßig in der Gesellschaft verteilt, sondern fielen primär bei den Wehrpflichtigen selbst an. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Wilhelm
Gemeinde Guteneck
am 30.07.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Rothfischer
Stadt Wörth a d Donau
am 22.07.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Poschner
Gemeinde Halsbach
am 22.07.

Bürgermeister Rainer Krauß

Gemeinde Nonnenhorn
am 25.07.

Bürgermeister Karl Lappe

Gemeinde Mistelgau
am 26.07.

Bürgermeister Max Kresslirer

Gemeinde Finsing
am 27.07.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Schraud
Gemeinde Hausen
am 19.07.

Oberbürgermeister Sebastian Remelé

Stadt Schweinfurt
am 30.07.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bastian Büttner
Gemeinde Niederfüllbach
am 24.07.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Josef Grienberger

Stadt Eichstätt
am 25.07.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

onsprogramm) zu werten, allerdings müsse der Bund dringend die Umsetzungsfristen verlängern. Befürwortet wird überdies der Umstand, dass der Freistaat sich nun zur Verantwortung der Schulen für die Betreuung am Freitagnachmittag in Schulwochen bekennt.

Dass der Freistaat nun die organisatorische Mitwirkung der Schulen an der Ferienbetreuung regeln will, sei „ein grundsätzlicher Schritt, der längst überfällig ist“, fuhr der Städtetagschef fort. Der Schritt gehe aber noch nicht weit genug, da damit bislang keine Mitverantwortung der Schulen verbunden ist. Hier sehen die Kommunen noch weiteren Handlungsbedarf.

Spitzenverbände für fair play

Pannermayrs Fazit: „Aus Sicht der Städte sind die Verhandlungen ein Teilerfolg, denn der Freistaat kommt den Kommunen in wichtigen Punkten, die der Bayerische Städtetag schon lange gefordert hat, entgegen. Unser Dank gilt den beiden Staatsministerinnen, die das nun endlich ermöglichen haben. Das kann aber noch nicht die endgültige Lösung sein. Die Kommunen brauchen weitergehende Unterstützung von Bund und Land. Insbesondere die Höhe der notwendigen Mittel, die Umsetzungsfristen und die Mitverantwortung der Schule in den Ferienzeiten müssen weiter besprochen werden.“ Offen bleibe auch, ob tatsächlich genügend Personal zur Verfügung stehen wird, um das Ganztagsangebot auch tatsächlich auszubauen und den Rechtsanspruch damit erfüllen zu können. (Fortsetzung nächste Seite)

BKPV-Geschäftsbericht 2023:

Empfehlungen für die Praxis

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2023 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben Empfehlungen zu wirtschaftlichen Gebäudereinigung, den Kosten eines Arbeitsplatzes und der haushaltsrechtlichen Verfahrensfreigabe stehen Vergabeverstöße bei geförderten Maßnahmen, die Planung und Durchführung kommunaler Bauvorhaben, das Thema Niederschlagswasser im Straßenbau sowie die Nachhaltigkeitsberichterstattung für kommunale Unternehmen in Bayern auf der Agenda.

Im Rahmen seiner Prüfungs- und Beratungstätigkeit bei größeren Bauvorhaben stellt der BKPV regelmäßig fest, dass bei den Kommunen Unsicherheiten bei der „internen“ Aufgabenteilung bestehen. Während der staatlichen Bauverwaltung in Bayern mit den „Richtlinien für die Durchführung von Hochbauaufgaben des Freistaates Bayern (RLBau 2020)“ ablaufbezogene Regelungen für die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen staatlichen Beteiligten zur Verfügung stehen, gibt es Vergleichbares für die bayerischen Kommunen nicht.

Kommunalrechtliche und haushaltsrechtliche Vorschriften

Die einschlägigen kommunalrechtlichen und haushaltsrechtlichen Vorschriften enthalten laut Prüfungsverband nur wenige Vorgaben, die die Kommunen bei der internen Verteilung von Zuständigkeiten und Aufgaben zwischen den beteiligten Stellen bei der Abwicklung von Bauvorhaben zu beachten haben. Innerhalb dieses rechtlichen Rahmens können die Kommunen die internen Zuständigkeiten und Abläufe für ihren Bereich und angepasst an ihre jeweiligen konkreten Bedürfnisse eigenständig regeln. Dies bietet den kommunalen Bauherren die Möglichkeit, die Abwicklung von Bauprojekten nach ihren spezifischen Bedürfnissen zielorientiert zu gestalten.

Das Risiko von Kosten- und Terminüberschreitungen könne reduziert werden, wenn die Kommune frühzeitig und klar definierte Ziele für Umfang, Standard, Zeit und Kosten fest-

Ausbaukonzept ...

(Fortsetzung von Seite 2)

Laut Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl „begrüßen wir es, dass der Freistaat in einigen Punkten auf die kommunale Familie zugegangen ist und Anregungen besonders hinsichtlich einer besseren Finanzierung und Vereinheitlichung aufgegriffen hat. Es bleibt aber dabei, dass es ein Systemfehler auf Bundesebene war, einen Rechtsanspruch zu Lasten der Kommunen zu schaffen. Korrekterweise hätte der, der den Betreuungsanspruch will, sich selbst in die Verantwortung nehmen müssen. Das ist fair play.“

Ungeklärte Fragen

Fragen der Beförderung und weitergehenden Mitverantwortung der staatlichen Ebene, z.B. des Lehrpersonals während der Ferien, blieben offen. Trotz der gestiegenen Förderkulisse bleibe den Kommunen die Hauptlast der Umsetzung. Besonders problematisch seien nach wie vor die nicht ausreichende Personalausstattung und die komplexe, zeitraubende Fördersystematik.

„Wir sollten wegen dieser Rahmenbedingungen vorsichtig mit verbindlichen Versprechen sein, dass der Betreuungsanspruch überall im Rahmen der gesetzten Zeitachse zu erfüllen ist. Und das hat nichts mit Wollen oder Können der Kommunen zu tun ... wir bemühen uns weiter nach Kräften“, bemerkte der Gemeindegatschef. **DK**

legt. Spätere Änderungen an diesen Zielvorgaben hätten regelmäßig erhebliche, insbesondere finanzielle Auswirkungen auf das Bauprojekt.

Vermeidbare Probleme sind zusätzliche Kosten

„In der Praxis führen unklare Vorstellungen, fehlende rechtzeitige Entscheidungen und Änderungen während der Bauzeit zu vermeidbaren Problemen und zusätzlichen Kosten. Die Prüfungs- und Beratungspraxis zeigt, dass hier oft auch die Bedeutung der Planungskosten unterschätzt wird, die einen erheblichen Teil der Gesamtkosten eines Bauvorhabens darstellen. Nachträgliche Änderungen an bereits gebilligten Planungsständen führen in der Regel zu beträchtlichen Mehrkosten und häufig auch zu Streitigkeiten mit den Planern über Mehrvergütungsansprüche, was laufende Projekte zusätzlich belastet“, heißt es in dem Bericht.

Kommunen müssten ihre personellen und finanziellen Ressourcen effizient nutzen und die Haushaltsgrundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beachten. Die Kommune stehe vor der Aufgabe, ihren Bedarf unter Einsatz möglichst geringer finanzieller Mittel zu decken. Wegen ihrer besonderen Bedeutung für das Gelingen eines Bauprojekts, insbesondere auch dessen Wirtschaftlichkeit, sollten bestimmte Aufgaben von der Kommune selbst verantwortet und nicht auf externe Dritte, die andere Ziele verfolgen, delegiert werden. Dies folge auch aus der grundlegenden Verpflichtung des kommunalen Bauherrn, die Interessen der öffentlichen Hand und der Bürger angemessen zu vertreten und die verfügbaren finanziellen Mittel wirtschaftlich einzusetzen.

Bauherrenaufgaben

Die nicht delegierbaren Bauherrenaufgaben eines kommunalen Bauherrn umfassen neben der Festlegung von Projektvorgaben und allen zeitkritischen Entscheidungen insbesondere folgende Schlüsselbereiche: Entscheidung über den Bedarf und Zweck des Bauprojekts; Festlegung des Finanzierungskonzepts; Festlegung von Standards; Außenwirkung, Partizipation („Stakeholder“); wesentliche Entscheidungen in Vergabeverfahren; Anordnungen, Projektentscheidungen und rechtsverbindliche Aufgaben sowie (Oberste) Überwachungs- und Kontrollaufgaben.

Koordinierte Zusammenarbeit

Fazit: „Für eine zielgerichtete und möglichst kosten- und termingerechte Abwicklung von Bauvorhaben müssen die auf kommunaler Seite verschiedenen Beteiligten koordiniert zusammenarbeiten. Erleichtert wird dies, wenn bereits zu Beginn einer Maßnahme die Rollen und Aufgaben verteilt und die Abläufe für alle Beteiligten transparent definiert sind. Des Weiteren ist für eine erfolgreiche Projektentwicklung von Bedeutung, dass erforderliche Planungszeiten angemessen berücksichtigt und Projektschritte nicht übereilt durchgeführt oder ausgelassen werden.“

Derzeit überarbeitet wer-

den die technischen Regelwerke zur Versickerung von Niederschlagswasser und zur Einleitung von Niederschlagswasser in ein Oberflächengewässer. Der BKPV gibt Kommunen in seinem Geschäftsbericht eine Hilfestellung, welche technischen Regelwerke bei der Planung von Straßenbaumaßnahmen zu beachten sind und wie die Belange des Straßenbaus (zuverlässige Entwässerung der Verkehrsanlage) mit den Anforderungen an den Gewässerschutz (Vermeidung von nachteiligen Auswirkungen auf das Grundwasser und oberirdische Gewässer) sinnvoll kombiniert werden können.

Regeln der Technik

„Die Niederschlagsentwässerung von Verkehrsflächen muss den Belangen des Straßenbaus und der Wasserwirtschaft gleichermaßen entsprechen“, betont der Prüfungsverband. Besondere Bedeutung habe dabei die konzeptionelle Planung im Hinblick auf die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und Richtlinien sowie den anerkannten Regeln der Technik. Die naturnahe Behandlung des Niederschlagswassers sei anzustreben und in den meisten Fällen auch in Siedlungsgebieten umsetzbar. Bei der Konzeptionierung der Anlagen dürfe der Unterhalt nicht außer Acht gelassen werden, da sich hieraus langfristige Kosten ergeben. Auch wenn die Umsetzung der naturnahen Behandlung des Niederschlagswassers mit erhöhtem Aufwand bzw. Kosten beim Bau und beim Unterhalt einhergeht, sollten die Kommunen die Chance nutzen, die Zukunft der Ressource Wasser aktiv und innovativ zu gestalten.

Was die Nachhaltigkeitsberichterstattung für kommunale Unternehmen in Bayern angeht, so sind landesrechtliche Regelungen weder in der Gemeindeordnung, Landkreisordnung, oder Bezirksordnung zu finden. Über die Umwelt (bzw. die Zielerreichung des BayKlimaG) und Arbeitnehmerbelange haben kommunale Unternehmen bereits jetzt im Rahmen ihrer Pflicht zur Berichterstattung über die Lage des Unternehmens berichtet.

Subsidiaritätsgedanke

Die EU sieht den Bedarf zur Berichterstattung ausschließlich bei kapitalmarktorientierten bzw. großen Kapitalgesellschaften bzw. haftungsbeschränkten Personengesellschaften, nicht bei Personengesellschaften, Eigenbetrieben, Kommunalunternehmen oder nicht-kapitalmarktorientierten, kleinen und mittleren haftungsbeschränkten Eigengesellschaften. Dies widerspricht auch dem Subsidiaritätsgedanken, der z.B. in der nichtfinanziellen Berichterstattung (NFRD) zur Begründung herangezogen wird.

Die Union kann im Einklang mit dem in Art. 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht auch die NFRD-Richtlinie explizit nicht über das für die Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus. „Unter Berücksichtigung dieser Rechtsgedanken wird deutlich, dass für diese in der Regel regional begrenzten Aufgaben, die nicht dem Kapitalmarkt überlassen werden, sondern integraler Bestandteil der demokratisch legitimierten kommunalen Selbstverwaltung sind, eine Anwendung der CSRD nach dem Subsidiaritätsprinzip und dem

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die finanzielle Ausgangslage der Kommunen hat sich massiv verschlechtert. Dies ist nicht nur eine ernüchternde Feststellung, sondern auch eine alarmierende Realität, die einerseits ein langfristiges Umdenken und Handeln von Bund und Freistaat erfordert und andererseits die Kommunalpolitik vor Ort in Zukunft zwingen wird, harte Wahrheiten anzuerkennen und ggf. geplante Investitionen und eigene Herzensprojekte zurückzustellen.

Die jüngst veröffentlichten Prognosedaten der kommunalen Spitzenverbände belegen das Defizit eindrücklich: Im vergangenen Jahr verzeichneten die Kommunen in Deutschland bereits ein Minus von 6,2 Milliarden Euro. Für 2024 wird eine Verdoppelung des Defizits auf rund 13 Milliarden Euro prognostiziert.

Gemeinsam die zukünftige Finanzpolitik neu denken!

Die Gründe dafür sind relativ einfach: Die Mehrbelastung bei den bisherigen Aufgaben, immer wieder neue kommunale Aufgabenbereiche und steigende Kosten in fast allen Bereichen. Es wird in Zukunft schwer hinnehmbar sein, dass der Bund und die Länder finanzielle Lasten auf die Kommunen abwälzen. Insbesondere die ständige Ausweitung kommunaler Aufgaben ohne langfristige und verlässliche Finanzierungszusagen führen dazu, dass unsere Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke immer weniger eigene Handlungsspielräume haben. Die unzureichende Krankenhausfinanzierung,



das unterfinanzierte Deutschland-Ticket und die ungelöste Finanzierungsfrage der Wärme- und Energiewende belegen dies.

Der prognostizierte Rückgang der kommunalen Investitionen ab 2025 ist dabei besonders alarmierend. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen wird der bereits jetzt bestehende Investitionsrückstand von 186 Milliarden Euro weiter anwachsen, da die Kommunen nicht mehr in der Lage sein werden in der essenziellen Infrastruktur für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu investieren.

Auch sind die steigenden Ausgaben der Kommunen nicht allein auf die Inflation zurückzuführen. Insbesondere in der Kinderbetreuung und den Sozialbereichen führen neue Rechtsansprüche und steigende Fallzahlen zu einem massiven Anstieg der Ausgaben.

Als verantwortliche Kommunalpolitiker müssen wir den Menschen vor Ort dann erklären, dass wir nicht mehr alles so einfach realisieren können, neue politische Wege gehen und andere Lösungen finden, wenn dies die kommunale Kasernenlage vor Ort nicht mehr zulässt.

Es ist höchste Zeit, die zukünftige Finanzpolitik grundlegend zu überdenken. Wir müssen gemeinsam mit Bund und Freistaat uns ehrlich machen, zielgerichteter investieren und das politische Handeln an die neuen Rahmenbedingungen von geringeren Finanzmitteln auf allen politischen Ebenen anpassen. Das wird keine leichte Aufgabe für die nächsten Jahre werden, aber nur so können wir sicherstellen, dass unsere Kommunen nicht nur verwalten, sondern weiterhin aktiv vor Ort gestalten und eine lebenswerte Zukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherstellen können.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Kommunale Spitzenverbände zu Prognosedaten:

Kommunalen Haushalten droht Rekorddefizit

Bund und Länder müssen in der öffentlichen Finanzpolitik umsteuern

Die finanzielle Lage der Kommunen verschlechtert sich rapide und läuft auf eine bislang nicht gekannte Defizithöhe zu. Im vergangenen Jahr mussten die kommunalen Haushalte bereits eine Verschlechterung ihrer Finanzlage um 8 Milliarden Euro und ein Defizit von 6,2 Milliarden Euro hinnehmen. Im laufenden Jahr verdoppelt sich das Defizit voraussichtlich auf eine Rekordhöhe von 13,2 Milliarden Euro. Auch in den Folgejahren wird das Defizit auf einem ähnlichen Niveau verharren.

Das geht aus der aktuellen Prognose des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für die Kommunalfinanzen bis zum Jahr 2027 hervor. Wenn Bund und Länder mit ihrer Finanzpolitik nicht grundlegend umsteuern, werden die kommunalen Haushalte tief in den roten Zahlen bleiben.

Zu den jetzt veröffentlichten Prognosedaten zur kommunalen Finanzlage sagten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände Oberbürgermeister Markus Lewe (Deutscher Städtetag), Reinhard Sager (Deut-

scher Landkreistag) und Dr. Uwe Brandl (Deutscher Städte- und Gemeindebund): „Die Kommunalfinanzen sind in einer dauerhaften Schieflage. Wir brauchen dringend einen größeren Anteil an den Gemeinschaftssteuern. Außerdem muss endlich Schluss damit sein, dass Bund und Länder die Aufgaben der Kommunen immer mehr ausweiten, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Die Kommunen wollen vor Ort gestalten, mit Haushalten im Defizit können wir an vielen Stellen aber nur noch den Mangel verwalten.“

Keine neuen Investitionen

Neue Investitionen können unter diesen Vorzeichen praktisch nicht mehr beschlossen werden. Vielmehr ist ab dem Jahr 2025 mit einem immer stärkeren Rückgang der kommunalen Investitionen zu rechnen. Es ist offensichtlich, dass die Kommunen in den kommenden Jahren bei weitem nicht so investieren können, wie es notwendig wäre. Und auch die bestehende Infrastruktur werden die Kommunen unter diesen Vorzeichen kaum instand halten können. Der heute schon besorgniserregende kommunale Investitionsrückstand von 186 Milliarden Euro wird weiter anwachsen. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. **DK**

Die Prognose zeigt: Die Ausgabenseite wächst, ohne dass die Kommunen darauf einen wesentlichen Einfluss haben. Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände machten deutlich: „Die immer weiter steigenden Ausgaben der Kommunen sind nicht allein der Inflation geschuldet. Gerade im Sozialbereich führen steigende Fallzahlen sowie neue von Bund und Ländern beschlossene Rechtsansprüche zu wachsenden Ausgaben. Wir sehen zudem mit großer Sorge, dass Bund und Länder ihre Haushalte entlasten, indem sie die Kommunen faktisch zwingen, als Ausfallbürgen einzuspringen. Beispiele sind die unzureichende Krankenhausfinanzierung, das unterfinanzierte Deutschland-Ticket oder die langfristig ungeklärte Finanzierung der Wärmewende. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Wir brauchen auch mit Blick auf das geringe Wirtschaftswachstum dauerhaft tragfähige Lösungen.“

Strukturelle Unverfinanzierung

Die vorliegende Prognose der kommunalen Spitzenverbände geht für das aktuelle Jahr von einem nochmaligen Einbruch des kommunalen Finanzierungssaldos um mehr als 7 Milliarden Euro aus. Bereits im Vorjahr ist der Finanzierungssaldo um 8 Milliarden Euro eingebrochen. Seit längerem weisen die Kommunen darauf hin, dass ihre Haushalte strukturell unterfinanziert sind und in den vergangenen Jahren nur aufgrund kurzfristiger Nothilfen oder verschiedener Sondereffekte ausgeglichen werden konnten.

Wenn sich nichts ändert, sind die Zeiten weitgehend ausgeglichener Kommunalhaushalte vorbei. Defizite, Nothaushalte und harte Konsolidierungsdiskussionen sind vielerorts die neue Realität in den Rathäusern und Landratsämtern. **DK**

„Stabil. Achtsam...“

(Fortsetzung von Seite 1)

stellungen, Ausbildungen, Fortbildungen, Qualifizierungen und Beförderungen darauf achten.“ Dabei sei auch klar, dass es mehr Frauen in den Führungspositionen der bayerischen Sparkassen geben muss. Ziel müsse es sein, dass im Jahr 2030 in jedem Vorstand der bayerischen Sparkasse mindestens eine Frau zu finden ist.

Mehr denn je komme den Sparkassen in Zeiten der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft die verantwortungsvolle Aufgabe zu, „mit allen Köpfen am Ball zu bleiben“, resümierte Dießl, denn: „Die Sparkassen leisten einen wesentlichen Beitrag für die Transformation in eine Heimat, die Zukunft hat. Dazu brauchen wir Leistungsträger aus allen Gruppen der Gesellschaft.“

Gehaltene Rekordniveau

Anlässlich des Bayerischen Sparkassentags gab der Präsident im Vorfeld auch einen kurzen Überblick über die aktuelle Geschäftsentwicklung der bayerischen Sparkassen in den ersten fünf Monaten 2024. Ausgehend vom 2023 gehaltenen Rekordniveau im Kreditvolumen, zeigen die ersten Monate 2024 demnach einen leichten Rückgang im Kreditneugeschäft. Im Vergleich zum Vorjahr ist seit Jahresbeginn ein Rückgang der Darlehenszusagen um 2,8 Prozent zu verzeichnen, bedingt vor allem durch den weiteren Rückgang im Neugeschäft mit Firmenkunden (-10,9 Prozent). Die Darlehenszusagen für den Wohnungsbau nehmen allerdings wieder zu. Der leichte Positiv-Trend seit Jahresbeginn setzt sich damit fort: Bis zum Juni 2024 konnten 4,9 Milliarden Euro (+11,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum) zugesagt werden. Zwei Drittel davon waren private Baufinanzierungen, die um 14,7 Prozent über dem Vergleichswert im Vorjahr liegen.

Die Einlagenentwicklung ist weiterhin leicht rückläufig. Weiterhin reduzieren die Kunden dabei Spar- und Sichteinlagen zugunsten von Eigenemissionen und Termingeldern. Der massive Einlagenüberhang der bayerischen Sparkassen nahm dadurch weiter auf nunmehr 24 Milliarden Euro ab. Damit können die Sparkassen im dritten Jahr nach der Zinswende weiter Zinserträge erzielen und ihre Ertragslage weiter stärken.

Im bisherigen Verlauf 2024 erzielen die Sparkassen ein Umsatzplus von 17,4 Prozent im Wertpapiergeschäft. Der Nettoumsatz liegt mit 2,3 Milliarden Euro allerdings in etwa bei der Hälfte des nach der Zinswende sehr positiven Vorjahreszeitraums. Die Käufe konzentrieren sich nun wieder eindeutig auf Investmentfonds (+41 Prozent).

Mit dem aktuell relativ stabilen Zinsniveau gehen die bayerischen Sparkassen für das Gesamtjahr erneut von einem auskömmlichen Zinsüberschuss aus, der bei inzwischen steigendem Zinsaufwand jedoch niedriger als 2023 ausfallen wird. Auch wenn die Sparkassenkunden wieder mit vielen Anlageprodukten Einlagezinsen erwirtschaften können, sind allerdings vor dem Hintergrund der Inflation positive Realzinsen mittel- bis langfristig hauptsächlich über Wertpapierengagements zu erwarten. Im laufenden Jahr 2024 gehen die Sparkassen Dießl zufolge weiterhin von einer gut auskömmlichen Weiterentwicklung der Geschäftslage im Kredit-, Einlagen- und Wertpapiergeschäft mit weiteren positiven Effekten auf die Ertragslage aus.

Oberbürgermeister Markus Pannermayr hatte in seinem Grußwort darauf hingewiesen,

dass die Sparkassen seit 200 Jahren einen sehr wertvollen Beitrag für die Entwicklung der Heimat leisteten. Sie seien gerüstet für die Zukunft, benötigten aber dringend mehr Gestaltungsfreiraum, weniger Regulierung, dafür mehr Vertrauen und Mut“.

Zuviel europäische Bankenregulierung

Im Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder stellten Karolin Schriever, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands und Expertin für Regulierungsfragen, und Matthias Dießl, dar, wie bestimmend sich die europäische Bankenregulierung für die Arbeit der 58 regionalen bayerischen Sparkassen auswirkt. Schriever: „140 Mandate und über 250 Richtlinien im aktuellen Bankenpaket sind zu viel. Es braucht eine regulatorische Pause.“ Laut Dießl „ist es bezeichnend, dass sich die Deutsche Bundesbank aktuell von Mitarbeiterkonten trennt – mit der Begründung, der regulatorische Aufwand für die Führung der Konten sei zu hoch. Auch den bayerischen Sparkassen fordert die Regulatorik immer noch eine ganze Menge Zeit, Ressourcen, Personal und Geld ab.“

Söder: Europa braucht ein starkes Deutschland

Ministerpräsident Söder kritisierte die mangelnde Entscheidungsfähigkeit der Bundesregierung, die nicht in der Lage sei, den Turbo für die Wirtschaft zu zünden. Ohne ein starkes Deutschland könne Europa aber nicht funktionieren. Zudem brauche es in unsicheren Zeiten Verlässlichkeit im Finanziellen: „Bargeld bedeutet gelebte Freiheit und muss erhalten bleiben. Eine europaweite Risikohaftung über die Bankeinlagen lehnen wir ab. Zudem gilt: Geschäftsmodelle, die funktionieren, dürfen nicht aus ideologischen Gründen kaputtgemacht werden. Mehr ökonomischer Mut und weniger Regularien würden uns guttun“, stellte Söder fest.

Bayern gehe hier mit einem massiven Bürokratieabbau, dem Ausbau der LfA Förderbank zu einer „Bayern-KfW“ und dem Aufwuchs bei der Startup-Förderung voran, damit es mit der Wirtschaft aufwärts geht. „Dafür stehen unsere Sparkassen Pate und zeigen, dass sie wichtiger Partner für Wirtschaft und Bürger sind.“

Die Keynotes des Kongresses beleuchteten zum einen die Mitarbeiterzufriedenheit in Unternehmen und zum anderen die Bedingungen für eine grundsätzlich stabile Gesellschaft. Dr. Caroline von Kretschmann, Geschäftsführende Gesellschafterin des 5-Sterne-Hotels „Europäischer Hof Heidelberg“ sieht den achtsamen Umgang mit Mitarbeitenden als Schlüssel zur Kundenzufriedenheit und damit zum Erfolg.

Als Grundlage dafür informierte Dr. Florence Gaub, Politikwissenschaftlerin, Militärstrategin und Zukunftsforscherin bei der NATO darüber, was stabile Gesellschaften ausmacht, wie viel Kompromiss erforderlich ist, und welche Zwischenlösungen, Investitionen und Umstellungen auf dem Weg in eine gute Zukunft notwendig sein dürften. Denn in einer Zeit sehr vieler gleichzeitiger Herausforderungen für unsere Gemeinschaft nehme die Konkurrenz um begrenzte Ressourcen zu.

Bei der Abendveranstaltung des Bayerischen Sparkassentags hatte Kommunalminister Joachim Herrmann die enge Verzahnung zwischen Sparkas-

sen und Kommunen hervorgehoben. Die gemeinwohlorientierten Sparkassen böten verlässlich und erfolgreich Finanzdienstleistungen für jedermann und besonders den Mittelstand. Als unverzichtbarer Teil eines engen lokalen Netzwerks förderten die Sparkassen seit ihrer Gründung die regionale Wirtschaft, die gesamte Gesellschaft und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Dabei könnten sie nicht nur als Kreditgeber tätig sein, sondern sich auch direkt an Unternehmen beteiligen.

Herrmann: Enge Verzahnung

Um bürokratische Hürden abzubauen, sei nun eine vereinfachte Erteilung von Ausnahmegenehmigungen im Einzelfall beschlossen worden, erklärte Herrmann: „Sparkassen können sich nun auch an gewerblichen Unternehmen regionaler nachhaltiger Energieerzeugung sowie regionaler Bauträgertätigkeit beteiligen. Damit sind weitere Handlungsoptionen zur Erfüllung unserer gesamtgesellschaftlichen Ziele eröffnet.“

Die Bayerische Staatsregierung bekennt sich nach Herrmanns Worten „uneingeschränkt“ zum

Gelebte Gemeinschaft ...

(Fortsetzung von Seite 1)

merkmal ist die einzigartige Ausrichtung auf alle Formen der Blasmusik. Neben seiner mehrwöchigen Musikveranstaltung bietet der Bluvall e.V. seit mehreren Jahren Meisterkurse an, in denen der Kontakt zwischen renommierten Künstlern und dem musikalischen Nachwuchs vermittelt werden soll.

Der Heimattag für den Landkreis Lindau e.V. setzt sich öffentlichkeitswirksam für zahlreiche heimatpflegerische Belange ein. So wirkt er beratend oder mitwirkend bei Verfahren der Bau- und Landschaftsplanung sowie des Denkmal-, Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes, sammelt und archiviert Dokumente zur anschließenden Veröffentlichung, veranstaltet einen wöchentlichen Lesekreis für alte Schriften und veröffentlicht die „Westallgäuer Heimatblätter“.

Verbindung von Kunst und Bildung

Als eine Mischung aus theaterpädagogischer Einrichtung und Jugendzentrum ist die Kunstwerkstatt in Kaufbeuren eine einzigartige Verbindung von Kunst und Bildung. Für rund 200 Nachwuchsschauspieler bietet sie jährlich die Möglichkeit, auf einer professionell ausgestatteten Bühne zu agieren. Inklusion und Integration spielen dabei eine wichtige Rolle, denn die Kulturwerkstatt ist nicht nur eine Freizeitstätte, sondern auch ein Ort, der vor allem Kindern und Jugendlichen Akzeptanz entgegenbringt und ihnen eine Heimat bietet.

Der Straubinger Kalender als ältester Heimatkalender Deutschlands erschien im Jahr 2020 zum 425. Mal – das älteste erhaltene Exemplar stammt aus dem Jahr 1765. Früher als Kalendarium für astronomische Daten, Bauernregeln und Wettervorhersagen gedacht, enthält er seit dem 19. Jahrhundert vermehrt Geschichten, Gedichte, Anekdoten, Rätsel, Bilder und Gesundheitsratschläge. Die Inhalte werden von einheimischen Schriftstellern, Volkskundlern, Historikern sowie durch Bürger der Stadt gestellt. Der Straubinger Kalender wird zum Teil sogar weltweit verschickt und ist dort für viele eine Brücke in die alte Heimat.

Bereits seit 25 Jahren besteht der VMV Volksmusikverein, Verein für bairische Kultur im Landkreis Landshut. Ziel seiner Grün-

dung waren der Abbau von Vorurteilen gegenüber der Volksmusik sowie die Bündelung von Kräften, um Hilfe und Zuarbeit für die Volksmusikpflege zu sichern. Dies erreicht der Verein durch Seminare für Interessierte und Gleichgesinnte, eine Fachbetreuung für Familien und Kinder, den Erhalt von Noten, Tänzen, Bild- und Tondokumenten, der Veröffentlichung mehrerer CDs sowie der vierteljährlichen Herausgabe der Zeitschrift „Postillion“.

Neues Präsidium

Die 98. Ordentliche Verbandsversammlung des Sparkassenverbands Bayern (SVB) hat ein neues Präsidium gewählt: Erster Verbandsvorsitzender ist auch künftig Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister der Stadt Fürth und 1. Stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Zum zweiten Verbandsvorsitzenden wurde Richard Reisinger bestimmt, Landrat im Landkreis Amberg-Weilheim und Präsidiumsmitglied des Bayerischen Landkreistags. Er folgt auf Matthias Dießl, bis Ende 2023 Landrat des Landkreises Fürth, der bereits seit dem Jahreswechsel als hauptamtlicher Präsident des Sparkassenverbands Bayern in der Geschäftsstelle in München agiert. Dritter Verbandsvorsitzender bleibt Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags und des Deutschen Städte- und Gemeindebunds.

Dießl wünschte dem neuen Präsidium eine erfolgreiche Amtszeit: „Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Trägerkommunen ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Erfolgs als regionale Kreditinstitute. Ich freue mich, dass wir drei kommunale Vertreter mit viel Erfahrung und Kompetenz an der Spitze der Verbandsversammlung wissen, die sich mit voller Kraft engagieren, damit sich die Sparkassen und ihre Heimat erfolgreich in die Zukunft entwickeln können.“

DK

sehr heruntergekommen war. Daraus entstand der Entschluss zur Sanierung mit dem Ziel der gemeinschaftlichen Nutzung. Der Förderverein Gempfinger Pfarrhof hat damit ein vorbildliches Zentrum des gesellschaftlichen Lebens geschaffen und bringt Menschen bei Ausstellungen, Konzerten, Vorträgen und Lesungen zusammen.

Der Historische Verein Memmingen wurde bereits 1882 mit dem Ziel der Heimatpflege gegründet. Er bewahrt geschichtliche Zeugnisse aller Art und ist Herausgeber diverser Publikationen zur Vermittlung historischer Fakten. Weiter veranstaltet er Vorträge, Führungen und Ausstellungen und engagiert sich in der Denkmalpflege, indem er sich kritisch mit modernen städtebaulichen Veränderungen und der Stadtentwicklung auseinandersetzt.

Das Ziel des 1971 gegründeten Volkstumsvereins Waldmünchen (Oberpfalz) ist die Pflege bayerischer Volkskultur und basiert im Wesentlichen auf den drei Pfeilern Volkstanz, Volksmusik und dem Kohlenmeiler. Ein besonderes Augenmerk legt der Verein dabei auch auf die Nachwuchsförderung. Ob das Schmücken des Osterbrunnens, der Kultursommer, die Heimatabende mit Musik- sowie Tanzdarbietungen oder das Herbstfest: Der Volkstumsverein Waldmünchen hält die Traditionen des gesamten Jahreskreises lebendig. Ein jährlicher Höhepunkt sind dabei auch der Aufbau und das Entzünden des Kohlenmeilers bzw. Kinderkohlenmeilers. Das oberpfälzische OVIGO Theater überzeugt mit einer umfassenden Bandbreite an Inszenierungen: von Musical, Komödie, Krimi Dinner über Erlebnisführungen mit Schauspiel.

Innerstädtischer Erwerbsgartenbau

Bereits seit dem Spätmittelalter wird im Bamberger Land Gemüseanbau betrieben. Seit 2014 ist das Gärtner- und Häckermuseum Bamberg e.V. als „Innerstädtischer Erwerbsgartenbau in Bamberg“ im Bayerischen Landesverzeichnis des Immateriellen Kulturerbes und seit 2016 im Bundesverzeichnis vertreten. Eröffnet wurde das Museum 1979 durch die Stadt Bamberg und den Verein „Gärtner- und Häckermuseum“. Seitdem trägt und betreibt der Verein das Museum ehrenamtlich.

Der 2006 gegründete Verein zur Erhaltung von Jean Paul

Einkehr- und Dichterstube in der Rollwenzlei hat sich die Restauration und künstlerische Wiederbelebung der Bayreuther Wirtshausstube wie zu Lebzeiten Jean Pauls zur Aufgabe gemacht. Im Jahr 1876 kam das stadtschichtlich bedeutende Gebäude in den Besitz der Familie Sommer: Der Dichter Jean Paul verweilte hier zum Zweck seiner ungestörten Arbeit und fand gleichzeitig in dem damaligen Wirtshaus Rollwenzlei eine Art „Heimat“. Die Dichterstube im ersten Stock gehört mittlerweile zu den weltweit wenigen original erhaltenen Räumlichkeiten, in denen ein bedeutender Künstler gearbeitet hat. Daneben organisiert der Verein literarische Events und arbeitet mit anderen Einrichtungen sowie engagierten Künstlern eng zusammen. Der Verein Museum im Koffer Nürnberg wurde mit dem Konzept eines mobilen Museums im Jahr 1983 ins Leben gerufen. Ziel ist die Vermittlung von Wissen für Kinder und Jugendliche an den unterschiedlichsten Orten. Mit mehr als deutschlandweit 300 Besuchen jährlich in Schulen, Kindergärten, Bibliotheken und Freizeiteinrichtungen bietet das Museum im Koffer Nürnberg eine Lern- und Erlebnislandschaft für Klein und Groß. Im April 2021 wurde das Konzept um das neu eröffnete „Kindermuseum“ ergänzt.

Das im Jahr 2012 auf dem 40 Hektar großen Gelände des Römerparks Ruffenhofen (Mittelfranken) eröffnete Museum Limesseum ist heutzutage das zentrale Museum zum Welterbe Limes, dem längsten Bodendenkmal Europas. Besucher erhalten zudem Einblicke in den damaligen Alltag durch verschiedene Modelle, Filme und Aktivstationen. Neben altersgerechten Führungen für Schulklassen gibt es auch vielfältige museumspädagogische Programme. Eine besonders innovative Idee der Wissensvermittlung ist der sogenannte Soldat December, der über sein fiktives Leben um 200 n.Chr. berichtet und auch in Filmen auftritt.

Mit Frack und Zylinder

Seit 2019 ist das Sebastianiglöbnis Oberschwarzach (Unterfranken) auf der Liste des Bayerischen Immateriellen Kulturerbes zu finden. Der „Sebastianstag“ ist im unterfränkischen Oberschwarzach fest verankert und wird nach katholischem Kalender am 20. Januar begangen. St. Sebastian war ein Hauptmann der Prätorianergarde des kaiserlichen Hofes von Diokletian und wurde wegen der Verbreitung des christlichen Glaubens zum Tode verurteilt. Der Ursprung des Glöbnisses ist auf das Pestgelübde im Jahr 1611 zurückzuführen. Man würde künftig den Festtag des Pestheiligen St. Sebastian feiern, wenn die Pest den Ort verschont. Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte sich die Prozession zur Oberschwarzacher Pfarrkirche St. Sebastiani zu einem Gesamtgeschehen. Eine wichtige Rolle neben der Prozession spielt die „Bürgerwehr“, deren Markenzeichen der Frack, ein Zylinder und das mittlerweile rein symbolische militärische Zeremoniell ist.

Der 1878 gegründete Verein für Heimatgeschichte im Grabfeld (Unterfranken) ist ein wichtiger Kulturträger in Unterfranken. Das Grabfeld ist eine historische Landschaft im Grenzgebiet von Bayern und Thüringen, das bis in die Karolinger Zeit zurückreicht. Der Verein greift vor allem Themen wie die jüdische Gemeinde im Grabfeld, örtliche Bräuche, Ortsgeschichten oder die Aufarbeitung der deutschen Teilung und deren Folgen auf. Neben Ausstellungen, Veranstaltungen oder Büchern zur Kultur und Geschichte gibt der Verein mindestens einmal im Jahr die vereinseigene Zeitung „Das Grabfeld“ heraus. DK

Energieminister Aiwanger:

Fortschritte bei der Energiewende

Dass Bayern ein guter Standort für erneuerbare Energien ist, zeigen nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie die Ergebnisse der jüngsten Ausschreibungen für Onshore-Wind und Innovation. 14 neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von 81,6 Megawatt (MW) aus sechs Projekten erhielten einen Zuschlag. „Wir sind beim Windkraftausbau auf dem richtigen Weg“, unterstrich Energieminister Hubert Aiwanger.

Windenergieanlagen

Aiwanger zufolge lag der durchschnittliche, mengengetriggerte Zuschlagswert von 7,33 Cent pro Kilowattstunde nur knapp unter dem Höchstwert von 7,35 ct/kWh, was auf die weiterhin hohen Bau- und Finanzierungskosten zurückzuführen ist. Allein in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres seien 90 Genehmigungsanträge für Windenergieanlagen gestellt worden - deutlich mehr als im gesamten Vorjahr.

In der Innovationsausschrei-

bung gingen 24 von insgesamt 43 Zuschlägen an Projekte aus dem Freistaat. Mit 245 MW Leistung entfallen die größten Zuschlags-Volumina auf bayerische Gebote für Photovoltaik-Speicher-Kraftwerke. Wie der Minister betonte, „sind Speicher ein Schlüssel für eine kosteneffiziente und sichere Energieversorgung. Ihre Bedeutung wird künftig für eine bessere Netzintegration weiter zunehmen. Umso erfreulicher ist daher, dass im Rahmen der Innovationsausschreibung Photovoltaik erfolgreich mit Speichern kom-

biniert wird.“ Der mengengetriggerte Zuschlagswert lag wie im Vorjahr bei 8,33 ct/kWh.

Die nächste Ausschreibungsrunde für Windenergie an Land findet am 1. August 2024 statt, die Innovationsausschreibung folgt am 1. September 2024.

Biogas- und Biomasseanlagen

Auch bayerische Betreiber von Biogas- und Biomasseanlagen haben erfolgreich an der ersten Ausschreibung des Jahres für Biogasanlagen der Bundesnetzagentur teilgenommen. Fast die Hälfte aller Zuschläge und 37 Prozent des gesamten Ausschreibungsvolumens gingen an Betreiber im Freistaat. Die Ausschreibung war mit Geboten im Umfang von 742 MW für ein Volumen von 240 MW insgesamt erneut überzeichnet. Dadurch haben deutschlandweit

lediglich 263 Biogasanlagenbetreiber überhaupt einen Zuschlag erhalten.

„Die bayerische Spitzenposition ist ein sehr erfreuliches Ergebnis. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die bezuschlagten Mengen sind mit Blick auf die Wärmewende und die kommunalen Planungen keinesfalls ausreichend. Anlagenbetreiber in Bayern und Deutschland brauchen deshalb mehr Ausschreibungsvolumen, um bestehende Anlagen mit Wärmenetzen weiter betreiben zu können. Eine fast dreifach überzeichnete Ausschreibung ist dafür ein klares Zeichen. Gleichzeitig ist es eine Katastrophe, dass Biogasanlagen mit Wärmenutzung aus der Förderung rausfallen“, kommentierte Aiwanger das Ergebnis.

Klare Vorteile

Hinzu komme, dass zwar nun mit einer neuen EEG-Regelung ein Drittel des ungenutzten Volumens aus der gescheiterten Biomethan-Ausschreibung auf die Biomasseausschreibungen 2025 übertragen wird. Trotzdem reiche diese Menge nicht aus, um alle Biogasanlagen mit Wärmenetzen weiter zu betreiben und gleichzeitig erneuerbaren Strom und Wärme zu erzeugen. „Die Vorteile liegen auf der Hand. Biomasse zur Strom- und Wärmeerzeugung ist regional, grundlastfähig und flexibel einsetzbar. Deutschland muss dieses Potenzial für die Energiewende stärker und besser nutzen als bisher“, hob Aiwanger hervor. Als enttäuschend betrachtet er die Ausschreibung für Biomethananlagen, da kein einziges Angebot eingereicht wurde: „Dieser Misserfolg ist das Ergebnis eines fehlerhaften Aus-

schreibungsdesigns. Eine Korrektur ist dringend geboten.“

Zwar wurde im Rahmen der Ausschreibung bayernweit an 127 Biogasanlagen ein Zuschlagsvolumen mit insgesamt 90 MW erteilt, jedoch ist dies aus Aiwangers Sicht bei weitem nicht genug für die zahlreichen Anlagen aus den zubaustarken Jahren des EEG 2004 und 2009. „Wir brauchen deshalb eine zeitnahe Novellierung des EEG - sonst droht der Verlust weiterer Anlagen“, stellte der Minister klar. Deshalb werde Bayern bei einer Novelle erneut die Forderungen aus der Bundesratsinitiative „Bioenergie stärken und für den Klimaschutz nutzen“ vom März dieses Jahres einbringen.

Ladeinfrastruktur

Wie das Bayerische Wirtschaftsministerium zudem bekanntgab, wird mit dem vierten Aufruf im Förderprogramm „Öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Bayern 2.0“ weiter kräftig in den Ausbau der Ladeinfrastruktur investiert. Insgesamt werden weitere 4 Millionen Euro bereitgestellt. Der neue Förderaufruf soll vom 1. bis 30. August 2024 geöffnet sein.

Antragsteller können erneut natürliche und juristische Personen sein. Ähnlich wie beim letzten Mal sollen auch in diesem Aufruf insbesondere kleineren Kommunen Anreize für eine Antragstellung gegeben werden. Pro Standort sind mindestens ein Schnell-Ladepunkt bzw. mindestens vier Normal-Ladepunkte aufzubauen.

Nach absoluten Zahlen liegt Bayern bei der Ladeinfrastruktur im Bundesländervergleich auf Platz eins. Jeder fünfte öffentli-

che Ladepunkt in Deutschland ist im Freistaat installiert. Aktuell gibt es dort rund 23.554 öffentlich zugängliche Ladepunkte, darunter 19.220 AC-Normal-Ladepunkte (82 Prozent) und rund 4.334 DC-Schnellladepunkte (18 Prozent). Die Anzahl der durchgeführten Ladevorgänge an öffentlichen Ladepunkten in Bayern verzeichnete im ersten Quartal 2024 erneut einen neuen Höchststand.

Pumpspeicherkraftwerk Happurg

Erfreulich ist laut Aiwanger auch der Umstand, dass das seit 2011 stillgelegte Pumpspeicherkraftwerk Happurg in Mittelfranken 2028 wieder in Betrieb genommen wird. Uniper zufolge werden dafür rund 250 Millionen Euro in die Sanierung des Kraftwerks investiert. Nach 50 Jahren Betrieb waren am Oberbecken umfangreiche Schäden festgestellt worden.

„Unsere Wasserkraftwerke sind wichtig für die Energiewende - nicht nur zur Stromerzeugung, sondern auch als Speicher. In Happurg kann Strom je nach Bedarf ein- oder ausgespeichert werden. Wir brauchen diese großen Speicher, um flexibel auf Schwankungen im Stromnetz reagieren zu können und das Netz stabil zu halten“, stellte der Minister fest.

Mit einer Leistung von 160 Megawatt und einer Fallhöhe von 209 Metern kann das Pumpspeicherkraftwerk rund 850 Megawattstunden elektrische Energie in Form von hochgepumptem Wasser speichern. Zusammen mit dem Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten (für Bahnstrom) zählt es zu den größten Speicherkraftwerken seiner Art in Bayern. DK

Generalversammlung EGIS eG:

Mit Mut und Kreativität in die Energiezukunft

Die Energiegenossenschaft EGIS eG zieht eine weitgehend positive Bilanz aus dem Geschäftsjahr 2023. Bei der Generalversammlung in Neuötting präsentierte der Vorstand die Jahresergebnisse. Die Versammlung beschloss eine Ausschüttung von 4 Prozent Dividende an die Mitglieder der Genossenschaft.

„Wir treiben die Energiewende mit Mut und Kreativität voran“, sagte Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG. „Mit unseren Projekten, wie der Kombination von Photovoltaik und Fernwärme im ländlichen Raum, werden wir inzwischen deutschlandweit als Innovationstreiber in der Energiewende wahrgenommen.“ 2023 hatte das sektorenübergreifende Innovationsprojekt Bundorf in Unterfranken für mediale Aufmerksamkeit gesorgt. Es wurde im Juni mit dem Branchenpreis Smarter-E-Award ausgezeichnet.

„Wir freuen uns, dass sich bis heute 2.572 Menschen unserer Genossenschaft angeschlossen haben. Sie alle machen mit Ihrem Engagement die Energiewendeprojekte der EGIS eG möglich. Vielen Dank für Ihre Beteiligung“, sagte Pascal Lang und wendete sich dabei an die Mitglieder, die vor Ort und online an der Versammlung teilnahmen. Bis zum Jahresende hatte die EGIS eG 2.313 Mitglieder, 2022 waren es noch 1.724 Mitglieder. Sie beteiligten sich mit gut 19 Millionen an den Erneuerbaren-Energien-Projekten der EGIS eG (2022: 14 Millionen Euro). „Wir wollen, dass alle Menschen sich an der Energiewende beteiligen können und von ihr profitieren. Unser Partizipationsanspruch führt zu mehr Akzeptanz, auch bei unseren Projekten vor Ort“, erläuterte Konrad Estermaier, Aufsichtsratsvorsitzender der EGIS eG.

Im vergangenen Geschäftsjahr stieg die Gesamtleistung der Erzeugungsanlagen der Genossenschaft deutlich: über Deutschland verteilt betreibt die EGIS eG über 30 Erneuerbare-Energien-Anlagen. Die Gesamtleistung erhöhte sich hauptsächlich durch neue Solarprojekte, von 51 Megawattpeak 2022 um fast 90 Prozent auf 95,6 Megawattpeak 2023. Die Speicherkapazität betrug 10,7 Kilowatt. Die Anlagen erzeugten im vergangenen Jahr knapp 52 Millionen Kilowattstunden Strom aus Sonnenenergie und Wasserkraft und sparten damit knapp 20.000 Tonnen CO₂ ein. Die Wärmenetze in Emmerting und Bundorf versorgen insgesamt 166 Kundinnen und Kunden.

Herausforderndes Geschäftsjahr 2023

„Wir haben einige Erfolge zu vermelden, gleichzeitig war 2023 herausfordernd: die konjunkturelle Entwicklung und hohe Zinsen machten die Projektfinanzierungen komplexer, während gleichzeitig die Erlöse aus den Stromerträgen sanken“, sagte Herbert Leiß-Maier, Finanzvorstand der EGIS eG. Die Umsätze der EGIS eG-Gruppe lagen 2023 bei 7,9 Millionen Euro (2022: 11,3 Millionen Euro), die Eigenkapitalquote der EGIS eG betrug 85,2 Prozent (2022: 82,1 Prozent).

Im unterfränkischen Bundorf

haben die Projektpartner EGIS eG und MaxSolar GmbH im vergangenen Jahr einen 125 Megawatt starken Solarpark, einen der größten in Deutschland, realisiert. 30 Prozent der Photovoltaik-Freiflächenanlage verbleiben über die EGIS eG in Bürgerhand. Auch einige Ladepunkte für Elektrofahrzeuge sind Teil des Projekts. Gleichzeitig realisierte die EGIS eG ein Fernwärmenetz, das seine Energie aus der Solaranlage und einem Hackschnitzelheizwerk bezieht: „In ländlichen Gebieten gibt es bisher kaum Wärmenetze“, erklärte Pascal Lang. „Unser Ansatz ist es, das Beste aus Erneuerbare-Energien-Anlagen herauszuholen. In Bundorf haben wir gezeigt, dass Fernwärme auf dem Land realisierbar ist.“

Das Innovationsprojekt Bundorf und die Projektpartner erhielten im Juni 2024 den renommierten Branchenpreis Smarter-E-Award der Messeallianz The Smarter E in der Kategorie Outstanding Projects. Die größte Messeallianz für die Energiewirtschaft in Europa, zu der auch die Fachmesse Intersolar zählt, würdigt mit der Auszeichnung innovative Konzepte und Technologien, die einen bedeutenden Beitrag zur erneuerbaren Energieversorgung leisten.

Die Generalversammlung stimmte dem Vorschlag der Geschäftsführung zu, eine Dividende von vier Prozent an die Mitglieder auszuschütten. Insgesamt handelt es sich um einen Betrag von rund 650.000 Euro. Turnusmäßig fanden auch Aufsichtsratswahlen statt. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Christoph Strasser, der bisher im Vorstand der EGIS eG tätig war.

Ausblick

Noch in diesem Jahr plant die EGIS eG die Umsetzung eines weiteren Fernwärmeprojektes in Amerang im Landkreis Rosenheim. Dazu kommen neue Photovoltaik-Projekte, beispielsweise ein Solarpark am Unternehmensstandort Neuötting. Unter dem Titel EGIS On-Tour veranstaltet die Genossenschaft regelmäßig Online-Formate, ist auf Messen vertreten und hält Fachvorträge. „Wir wollen die Menschen von unserem Anliegen der Energiewende in Bürgerhand begeistern. Das geschieht am besten im möglichst direkten Austausch. Deshalb widmen wir diesen Veranstaltungen viel Zeit und Herzblut“, sagt Pascal Lang. □



Der aktuelle Vorstand und Aufsichtsrat der EGIS eG: Rainer Brunnhuber (Vorstand EGIS eG), Herbert Leiß-Maier (Vorstand EGIS eG), Peter Pospischil (Aufsichtsrat EGIS eG), Konrad Estermaier (Vorsitzender des Aufsichtsrates der EGIS eG), Christoph Strasser (Aufsichtsrat EGIS eG), Peter Haugeneder (Aufsichtsrat EGIS eG) und Pascal Lang (Vorstandsvorsitzender der EGIS eG) (v.l.). Nicht auf dem Bild zu sehen: Georg Eder (Aufsichtsrat EGIS eG). Bild: EGIS eG

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)

„Jede Kommunale Wärmeplanung ist nur so gut wie ihre Datengrundlage“

Marktgemeinde Bad Abbach, Bayernwerk und Institut für Energietechnik stellen Ergebnisse ihres Pilotprojekts vor

„Wir haben bei diesem wichtigen Thema nicht für die Schublaube gearbeitet, ganz im Gegenteil: Wir wollen mit einer Machbarkeitsstudie den nächsten Schritt zur Umsetzung gehen“, sagt Dr. Benedikt Grünwald. Bad Abbachs Bürgermeister hat jetzt zusammen mit Vertretern der Bayernwerk AG (Bayernwerk) und des Instituts für Energietechnik (IfE) Ergebnisse eines Pilotprojekts zur Kommunalen Wärmeplanung (KWP) vorgestellt. Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal bezeichnete dabei die Wärmewende als „schlafenden Riesen und den größten noch zu bewegnenden Hebel für einen klimaneutralen Freistaat“.

„Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie unseren Gewerbetreibenden eine sichere Wärmeversorgung anbieten, die unabhängig ist vom Weltgeschehen. Dabei war uns von Anfang an klar: Wir brauchen starke Partner! Ich denke, mit Blick zurück auf unsere Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk und dem Institut für Energietechnik an der OTH Amberg-Weiden darf ich behaupten: Wir haben diese starken Partner gefunden. Die Ergebnisse des Pilotprojekts sind eine verlässliche und solide Basis für die nächsten Schritte“, sagte Bürgermeister Dr. Grünwald bei einem Pressegespräch im Bad Abbacher Kursaal. Besonders

wichtig hierfür sei eine „verlässliche gesetzliche Grundlage“, u.a. auch für staatliche Fördermittel.

Das Stromverteilnetz wird zum Wärmenetz

Der Endenergieverbrauch lag in Bayern 2021 bei rund 386 Terawattstunden. Mehr als die Hälfte davon wurde durch die Wärmeversorgung (Raum- und Prozesswärme, Warmwasser oder Kälteenergie) verursacht. Zum Erreichen eines klimaneutralen Freistaats sei die Wärmewende daher der größte noch zu bewegnende Hebel, so Dr. Egon Leo Westphal. Der Vorstandsvorsitzende des Bayernwerks sagte

zudem: „Das Stromverteilnetz wird nach und nach zum wichtigsten Wärmenetz.“ Der Energieversorger erwarte in Bayern im Jahr 2030 rund 1,25 Millionen Wärmepumpen, mehr als das Vierfache als 2020. Das seien Anlagen, die noch ins Verteilnetz integriert werden müssten.

Die Donau als Wärmequelle

Wärmepumpen können in Zukunft auch in Bad Abbach eine große Rolle spielen. Genauer gesagt: Grundwasser- und Großwärmepumpen. Denn wie die Wärmeplanung zeigt, gibt es in der Marktgemeinde ein sehr hohes Potenzial für Wärme aus der Donau durch Nutzung von Flusswasser oder Uferfiltrat. Probebohrungen könnten im Zuge einer Machbarkeitsstudie nach der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) bezuschusst werden, sagte Patrick Dirr, Bereichsleiter Digitale Energiesysteme beim IfE.

„Das Ergebnis einer jeden Wärmeplanung ist nur so gut,

wie ihre Datengrundlage“, sagte Bayernwerk-Projektleiterin Rebecca Bell. Und: „Für die Wärmeplanung unserer Städte und Gemeinden gibt es keine Lösung von der Stange. Wir müssen uns flexibel an den individuellen Möglichkeiten und Bedürfnissen vor Ort ausrichten.“

Gute Kommunikation ist entscheidend für den Projekterfolg

Der Blick in vorhandene Statistiken allein reiche bei weitem nicht. Im Pilotprojekt habe man im Zuge der Bestandsanalyse alle relevanten Akteure und Großverbraucher wie Kaiser-Therme oder Asklepios Klinikum an einen Tisch geholt und zusätzlich eine umfassende Bürgerbefragung gestartet. „Gute Kommunikation mit den Akteuren vor Ort ist für den Projekterfolg entscheidend und gleichzeitig die große Stärke der Wärmeplanung. Wir als Bayernwerk können dabei unsere jahrelangen Erfahrungen als verlässlicher Partner für über 1.200 Kommunen in Bayern etwa aus den Bereichen Strom- und Gasnetz einbringen“, betonte Rebecca Bell.

Auch ein Ergebnis des Pilotprojekts: Das Bayernwerk baue die Kundenbetreuung weiter aus und stelle eigene KWP-Manager ein. Sie unterstützen die Kommunalbetreiber und übernehmen Projektleitung, Akteursbeteiligung und Kommunikation vor Ort.

28 mögliche Wärmeversorgungsgebiete

Patrick Dirr (IfE) sagte, die KWP schaffe nach den gesetzlichen Vorgaben die entscheidenden Grundlagen für eine weitere Planung, sie zeige Umsetzungsoptionen und Zielszenarien auf. Für Bad Abbach seien 28 mögliche Wärmeversorgungsgebiete samt Steckbriefen und acht vorstellbare Maßnahmen in Richtung klimaneutraler Wärmeversorgung ausgearbeitet worden. Die „große Lösung“ eines möglichen Wärmenetzes für den Ortskern könne auch in einzelne Lösungen für die ermittelten Quartiere heruntergebrochen werden.

Der Wärmebedarf für Bad Abbach liegt laut Dirr bei 104 Gigawattstunden pro Jahr. Es gebe 17 mögliche Windkraftstandorte im Gemeindegebiet und 18,8 Hektar mögliche Freiflächen für Photovoltaik. Dirr kündigte an, IfE werde der Kommune ein Tool zum Monitoring zur Verfügung stellen, um den Aufwand in der Verwaltung möglichst gering zu halten.

Interesse am Anschluss an ein Wärmenetz

„Die Bürger sind im Vergleich zu den vergangenen Jahren deutlich offener gegenüber dem Anschluss an ein Wärmenetz“, sagte Prof. Dr. Markus Brautsch, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Energietechnik. In Bad Abbach etwa könnten sich rund 60 Prozent der Teilnehmer an der Bürgerbefragung einen Anschluss an ein Wärmenetz grundsätzlich vorstellen.

Generell erhöhe der Prozess der Wärmeplanung „deutlich die Dynamik, mit der sich Kommunen mit dem Thema Wärmeversorgung beschäftigen“, so Brautsch. Bürger, Kommunen, Verwaltung, Industrie: Der Professor erkannte „hohe Unterschiede bei der Erwartungshaltung an die Wärmeplanung“. Klare Kommunikation spiele daher vor, während und nach der Wärmeplanung eine entscheidende Rolle. Und er stellte die Frage, wie Kommunen bei der Umsetzung weiter unterstützt werden könnten. Denn: „Ein Großteil der Arbeit beginnt erst nach der Wärmeplanung, zum Beispiel beim Aufbau der Infrastruktur, bei Modellen der Bürgerbeteiligung oder beim Betrieb der Anlagen.“



Dr. Egon Leo Westphal (2.v.r.), Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, und Prof. Dr. Markus Brautsch (3.v.l.), wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Energietechnik, überreichten den Wärmeplan an Bad Abbachs Bürgermeister Dr. Benedikt Grünwald (3.v.r.). Mit im Bild: Rebecca Bell (r.), Projektleiterin beim Bayernwerk, Patrick Dirr (2.v.l.), IfE-Projektleiter, und Herbert Islinger (l.), Geschäftsführer der Marktentwicklungsgesellschaft Bad Abbach mbH. Bild: Michael Hitzek / Bayernwerk AG

Kosten sparen, schneller werden

Bayernwerk Netz und LEW Verteilnetz stellen Energiewende-Projekt „Einspeisesteckdose“ vor

Die beiden bayerischen Verteilnetzbetreiber Bayernwerk Netz (Bayernwerk) und LEW Verteilnetz (LVN) wollen den Anschlussprozess für große Erzeugungsanlagen neu ausrichten. Die Energieunternehmen haben das Pilotprojekt der sogenannten Einspeisesteckdose Staatsminister Hubert Aiwanger in München präsentiert. Erstmals in Deutschland stellen die zwei regionalen Stromnetzbetreiber vorausschauend Netzkapazität zur Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien bereit.

Hintergrund ist der Anschlussboom in Bayern, der mit einer rasant steigenden Zahl an neuen Solar- und Windkraftanlagen verbunden ist. Allein 2024 gingen mehr als 100.000 Erzeugungsanlagen beim Bayernwerk und LEW Verteilnetz neu ans Netz.

Bisher sehen die gesetzlichen Regelungen vor, dass die Netzverträglichkeit jeder neuen Erzeugungsanlage einzeln geprüft wird und als Ergebnis der Berechnung ein individueller Netzverknüpfungspunkt entsteht. Diese Einzelfallbetrachtungen sind bei der hohen Zahl an Anschlussanfragen zeitaufwändig und können zu langen und damit teureren Anschlusswegen führen. Deshalb gehen Bayernwerk und LVN mit der Einspeisesteckdose einen neuen Weg, den Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal vom Bayernwerk und LEW-Vorstand Christian Barr dem bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger präsentierten.

Bewerbungskriterien

Beim zentralen Anschluss wird bei einer Steckdose wird zusätzliche Trafosleistung im Netz an einem Ort bereitgestellt. Auf diese regionalen Kapazitäten können sich Projektentwickler mit ihren Anlagen bewerben. Die Bewerbungskriterien sind jetzt auf den Seiten von Bayernwerk Netz und LVN online. Die Netzbetreiber bündeln mit dem Pilotprojekt Einspeisesteckdose Netzanschlüsse in einer Region, beschleunigen die Prüfprozesse und treiben so die Energiewende und die wirtschaftliche Entwicklung voran.

Hubert Aiwanger zufolge „schaffen wir mit dem Projekt ‚Einspeisesteckdosen‘ Planungssicherheit für Investoren, die Erneuerbare-Energie-Anlagen bauen wollen“. Die zusätzlichen Spannwerke schafften Abhilfe bei teuren Anschlusswegen und langen Wartezeiten für den Netzanschluss. „Der Ausbau kann nur funktionieren, wenn auch die Kapazitäten bei den Einspeisepunkten ausreichend und regional zur Verfügung stehen. Das wird jetzt angepackt.“

Laut Egon Westphal „müssen Anlagen für erneuerbaren Strom dorthin, wo die Netze sind. Nicht umgekehrt. Mit der ‚Einspeisesteckdose‘ haben wir eine schnelle, wirkungsvolle Lösung entwickelt. So stellen wir proaktiv zu-

sätzliche Kapazitäten bereit. Dort können sich, regional gebündelt, Erneuerbare-Energie-Anlagen anschließen und einspeisen – das ist Energiewende ‚Plug and Play‘. Die Energiewende ist wie ein Buch mit 100 Kapiteln, aus dem aber meist nur das erste Kapitel ‚Erneuerbare Energie‘ und das letzte Kapitel ‚Klimaneutralität‘ gelesen werden. In den Kapiteln dazwischen steht aber, was die Transformation des gesamten Energiesystems bedeutet und was wir tun müssen, um zum Ziel zu kommen.“

Umbau des Energiesystems effizienter gestalten

Nach den Worten von Christian Barr „zeigt das Pilotprojekt ‚Einspeisesteckdose‘, wie wir den Umbau des Energiesystems beschleunigen und effizienter gestalten können: vorhandene Prozesse und Regelungen hinterfragen im Hinblick auf ihr Optimierungspotenzial, neu aufstellen und mit neuen Lösungen in die Umsetzung gehen. Dafür müssen wir auch den rechtlichen und regulatorischen Rahmen weiterentwickeln. Denn mit dem Instrumentarium aus den Anfangszeiten der Energiewende werden wir die vor uns liegenden Herausforderungen nicht meistern. Innovativ, hochprofessionell, pragmatisch – so bringen wir die Energiewende in Bayern voran.“

Konkret errichten Bayernwerk Netz und LVN als Pilotprojekt jeweils eine Einspeisesteckdose in ihren Netzgebieten. Bayernwerk plant ein neues Umspannwerk in Niederviehbach im Landkreis Dingolfing-Landau. LVN rüstet das bereits bestehende Umspannwerk im bayerisch-schwäbischen Balzhausen mit einem zusätzlichen Transformator aus.

Diese zusätzlichen Kapazitäten sind wichtig für die Versorgung der Region mit grüner Energie. Umspannwerke sind leistungsstarke Einspeisepunkte im Netz. Transformatoren wandeln dort Strom zwischen den verschiedenen Spannungsebenen um. Die leistungsstarken Transformatoren schaffen eine direkte Verbindung vom örtlichen Mittelspannungsnetz zum bestehenden Hochspannungsnetz, so dass noch mehr regional erzeugter grüner Strom in einer Region aufgenommen und im gesamten Stromnetzverbund verteilt und transportiert werden kann.

Rund 150 Stellungnahmen zum Steuerungskonzept Windenergie

RPV informiert über aktuellen Stand des Beteiligungsverfahrens

Der Geschäftsführer des Regionalen Planungsverbands München (RPV) präsentierte dem Planungsausschuss die Ergebnisse aus der Vorabteilung zum Steuerungskonzept zur Windenergienutzung in der Region München. Die Sitzung fand im Rathaus München statt. 58 Prozent der RPV-Mitglieder sowie Nachbarregionen und Träger öffentlicher Belange haben bis Ende Mai 2024 zu dem Vorabentwurf Stellung genommen. Der RPV wertet die Rückläufe aus und erarbeitet einen neuen Konzeptentwurf.

„Innerhalb von zehn Wochen sind 147 Stellungnahmen zu den im Vorabentwurf vorgestellten 22 Vorranggebieten eingegangen. 112 (58 Prozent) unserer Mitglieder haben sich bis dato geäußert, davon 107 Gemeinden und Städte sowie fünf Landkreise. Zudem haben vier benachbarte Regionale Planungsverbände sowie acht Träger öffentlicher Belange Rückmeldungen abgegeben. Vereinzelt erreichten uns auch Stellungnahmen von nicht beteiligten Initiativen oder Privatpersonen“, führte RPV-Geschäftsführer Marc Wißmann aus.

Vom 20. März bis Ende Mai 2024 lief das informelle Beteiligungsverfahren des RPV offiziell. „Uns liegen auch einige Anträge auf Fristverlängerung vor“, so Wißmann weiter. „Mit Blick auf den straffen Zeitplan können wir die Frist grundsätzlich nicht weiter nach hinten verschieben. Jedoch berücksichtigen wir auf jeden Fall auch spätere Stellungnahmen. Es sind noch welche angekündigt“, sicherte Wißmann zu. Alle Stellungnahmen werden vom Regionsbeauftragten Thomas Bläser in einer Abwägungstabelle erfasst und ausgewertet.

Auf dieser Basis erstellt er die Unterlagen zur Vorbereitung der Abwägung im Planungsausschuss. Der eingesetzte Beirat Windenergie begleitet den Prozess zur Überarbeitung des Entwurfs für das Steuerungskonzept. Auf einer Sitzung im September 2024 werden Abwägung und der überarbeitete Entwurf für das Steuerungskonzept dem Planungsausschuss detailliert vorgestellt und behandelt.

Seit Beginn des Jahres haben Wißmann und Bläser das Vorabkonzept in allen Landkreisen, in deren Bürgermeisterdienstbesprechungen und auf Anfrage auch in einzelnen Gemeinden persönlich vorgestellt sowie viele telefonische und schriftliche Fragen dazu beantwortet. „Alles in allem war es ein sehr konstruktiver Austausch mit unseren Mitgliedern“, so Wißmanns Fazit.

Zur Vorabteilung

Die Vorabteilung dient dazu, den Entwurf des Steuerungskonzepts Windenergie weiter zu konkretisieren. Nach dem Beschluss des Planungsausschusses über den Vorabentwurf zum Steuerungskonzept Windenergienutzung am 11. Januar 2024 führte der RPV das informelle Beteiligungsverfahren durch. Der Verband hat alle 194 Verbandsmitglieder der Planungsregion München sowie weitere wichtige regionale Akteure per E-Mail angeschrieben. Bis Ende Mai konnten sich diese zu den im Vorabentwurf vorgeschlagenen 22 Vorranggebieten äußern.

Verteilung auf Planungsregionen noch offen

Bis spätestens Ende 2027 muss der RPV mindestens 1,1 Prozent seiner Regionsfläche als Windenergiegebiet gemäß Windenergiebedarfsflächengesetz festgelegt haben. Das sind knapp 61 Quadratkilometer. Bis spätestens Ende 2032 muss der Freistaat Bayern in Summe bayernweit 1,8 Prozent seiner Landesfläche ausweisen. Wie das auf die 18 bayerischen Planungsregionen verteilt wird, ist noch offen.

O2 Telefónica:

Startschuss für ersten energieautarken Mobilfunkmast

Der Telekommunikationsanbieter O2 Telefónica hat den ersten Mobilfunkstandort Bayerns in Betrieb genommen, der komplett unabhängig von der allgemeinen Stromversorgung funkt. In Sindlbach (Landkreis Neumarkt i.d. OPF.) versorgen Photovoltaikmodule und Biomethanol-Brennstoffzellen den neu errichteten Sendemast mit nachhaltiger Energie.

O2 Telefónica schließt damit für seine Kunden vor Ort ein Funkloch. Sie können nun mit dem modernen 5G Standard, 4G (LTE) sowie 2G (GSM) surfen und telefonieren. O2 Telefónica arbeitet daran, die letzten weißen Flecken zu schließen, und den Netzausbau zügig und nachhaltig voranzutreiben.

„Mit den energieautarken Standorten ist es uns möglich, selbst ländliche und entlegene Regionen mit schnellem Mobilfunknetz zu versorgen, wo eine herkömmliche Stromversorgung fehlt oder diese die Kosten sprengen würde. Wir setzen dabei auf grünen Strom und eine hohe Energieeffizienz. So schließen wir die letzten weißen Flecken nachhaltig. Das bayerische Sindlbach steht sinnbildlich für die moderne Mobilfunkversorgung des ländlichen Raumes“,

sagt Mallik Rao, Chief Technology & Information Officer bei O2 Telefónica.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Der Mobilfunkausbau muss auch auf dem Land und in abgelegenen Gebieten weiter vorankommen. Innovative Lösungen wie energieautarke Funkmasten sind deshalb eine sehr gute Ergänzung, gerade in infrastrukturschwachen Gegenden. Die Kombination aus Photovoltaik, Akkus und Brennstoffzelle ist ein Vorbild für viele andere Standorte. Ich freue mich sehr, dass Bayern bei dieser Entwicklung bundesweit ganz vorne mit dabei ist. Als Wirtschaftsministerium sorgen wir in Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern für eine hohe Ausbaudynamik im Freistaat. Allein 2023 sind fast 500 Funkstandorte neu errichtet worden.“

GZ-Interview mit Dr. Thorsten Blanke, CEO von Belectric:

Voraussetzungen für ein gelungenes PV-Projekt in der Kommune

Belectric ist einer der führenden Dienstleister in Europa für die Entwicklung, den Bau und den Betrieb von Solarkraftwerken und verfügt über mehr als 20 Jahre Expertise. CEO Dr. Thorsten Blanke sprach in der Bayerischen Gemeindezeitung über die Erfahrungen des Unternehmens mit kommunalen Projekten.

GZ: Knapp 56 Prozent der erzeugten Energie in Deutschland stammt aus erneuerbaren Energieträgern. Insgesamt etwa 12 Prozent entfallen auf Photovoltaik. Wie sehen Sie die Entwicklung der Photovoltaik speziell in Bayern?

Dr. Thorsten Blanke: Bayern ist das Photovoltaik-Bundesland in Deutschland, auch weil der Wind hier nicht so stark weht wie im Norden. Das Potenzial beim Photovoltaikausbau ist daher gerade in Bayern bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Das gilt gleichermaßen für Anlagen auf Dächern, in Verbindung mit landwirtschaftlichen Betrieben (Agri-PV), auf Freiflächen oder aber Batteriespeichersysteme.

Bei Belectric haben wir uns auf die Entwicklung und Realisierung von Freiflächen-Solarparks und Batteriespeichersystemen spezialisiert, die wir umwelt- und landschaftsfreundlich gestalten, damit sie ein Gewinn für Mensch, Flora und Fauna sein können.

GZ: Gibt es Besonderheiten im Betrieb von PV-Anlagen durch eine Kommune?

Blanke: Ja. Kommunen haben vielfältige Möglichkeiten, einen Solarpark oder auch ein Batteriespeichersystem als Wertschöpfungsmodell zu nutzen. Die komplette Eigenfinanzierung eines solchen Projekts ist nicht unbedingt nötig. Es gibt andere Investitionsmodelle, die die Wertschöpfung in der Region halten. Beispielsweise kann die Anlage durch Dritte gekauft und dann an die Kom-



Dr. Thorsten Blanke.

mune verpachtet werden. Alternativ sind verschiedene Varianten eines Bürger-Sozialparks denkbar, bei dem die Kommunen wiederum nur Ihre Flächen verpachten und die weitere Verantwortung einer Genossenschaft übergeben. Es existiert also für nahezu jede Kommune eine realistische Variante, von Photovoltaik zu profitieren.

GZ: Viele Kommunen haben neben Dächern ausreichend Flächen zur Verfügung, die sich für PV-Anlagen eignen könnten. Die Rahmenbedingungen sind also gut – oder nicht?

Blanke: Sowohl bei Solarparks auf der freien Fläche als auch bei Batteriespeichern in Gewerbegebieten – wir versuchen immer, die im allgemeinen Interesse am besten geeigneten Flächen zu finden. Bei Freiflächenanlagen sind das zum Beispiel Flächen mit niedrigen Bodenpunkten und damit einer schlechten landwirtschaftlichen Ertragsfähigkeit.

Doch Auflagen führen zu einer starken Eingrenzung der Auswahl. Selbst nach allen Vorgaben passende Standorte können in einigen Fällen nicht genutzt werden, da ein Netzanschluss zu hohe Kosten verursacht. Vielfach hinkt der Netzausbau dem Einspeisungspotenzial durch Solarenergie noch hinterher. Damit wir mit der grü-

nen Energiewende weiter vorankommen, brauchen wir mehr Geschwindigkeit und auch bessere gesetzliche Rahmenbedingungen. Dennoch haben Kommunen viel selbst in der Hand, um die Realisierung solcher Vorhaben zu ermöglichen.

GZ: Welche Vorteile haben Kommunen bzw. kommunale Unternehmen bei der Initiierung von Freiflächen-PV?

Blanke: Vor allem Flächenkommunen haben aufgrund der zu meist großen Anzahl gemeindeeigener Grundstücke eine höhere Wahrscheinlichkeit, passende Flächen für einen Solarpark zu identifizieren – die zugleich unter die EEG-Förderung fallen. Beim Bau einer Freiflächenanlage auf ihrem Gebiet profitieren Gemeinden von 0,2 Cent pro erzeugte Kilowattstunde. Auch eine direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ist möglich, etwa über Bürgerenergiegenossenschaften. Kommunen kennen ihre eigene Region am besten, besitzen im Idealfall einen Vertrauensvorsprung und können so auch die Menschen vor Ort von einem Projekt überzeugen. Dennoch gibt es in der Zusammenarbeit mit Kommunen immer wieder Hürden.

GZ: Was meinen Sie damit?

Blanke: In der Praxis erleben wir immer wieder, dass eng definierte Kriterienkataloge seitens der Kommunen die Realisierung eines PV-Projekts erschweren. Beispiele sind Vorgaben hinsichtlich der Sichtbarkeit bzw. des Landschaftsbilds, die über die Gebote der Landesentwicklungspläne hinausgehen oder große Einschränkungen bei der Errichtung in landwirtschaftlichen Räumen. Für mehr gelungene PV-Projekte in Kommunen wünschen wir uns hier noch mehr Flexibilität, um das große Potenzial der Photovoltaik in der Energieversorgung und regionalen Wertschöpfung auszuschöpfen.



Nach dem Motto: „Energiewende voranbringen – Chancen nutzen und die Herausforderungen meistern“ traten zehn Bürgermeister aus ganz Bayern und ein Altbürgermeister an, um die Energiewende, eines der wichtigsten Zukunftsprojekte, voranzubringen. Heute, knapp ein Jahr nach dem Abschluss der Unterschriftenaktion, an der sich innerhalb weniger Wochen 432 Bürgermeister beteiligten, erinnerten die Gründer dieser Initiative daran, welche Reaktionen dieser Appell in den Parteizentralen auf Landes- und Bundesebene ausgelöst hat. Auch in den Medien fand der Bürgermeisterappell mit seiner Vielzahl an Unterstützern schnell Gehör.

Unser Bild zeigt (v.l.) Claus Schwarzmann (1. Bürgermeister Egingolsheim), Christian Porsch (1. Bürgermeister Speichersdorf), Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Renate Deniffel (1. Bürgermeisterin Wildpoldsried), Helmut Krämer (Alt-Bürgermeister Heiligenstadt) und Rupert Steigenberger (1. Bürgermeister Berg). Bild: Staatskanzlei München



Der Fuß- und Radweg im Bayreuther Stadtteil Oberkonnernsreuth wird beleuchtet. Die Stadt lässt auf dem 190 Meter langen Weg sechs Solarleuchten aufstellen. Die Laternen sind mit Bewegungssensoren ausgestattet, sodass sie sich nachts bei Bedarf einschalten. Die Kosten liegen bei gut 27.000 Euro. Da sich der Weg im Überschwemmungsgebiet befindet, hatte sich der Aufbau einer herkömmlichen Straßenbeleuchtung wegen der sonst üblichen, im Sockel der Leuchte untergebrachten Stromversorgung als schwierig erwiesen. „Mit der Beleuchtung wollen wir ökologisch sinnvoll für Sicherheit sorgen!“, betont Oberbürgermeister Thomas Ebersberger (re.), der mit dem Leiter des städtischen Tiefbauamts, Gisbert Röhle, die neuen Leuchten besichtigte. Bild: Stadt Bayreuth

Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Ungenutzte Potenziale der Abwasserwärme erschließen

Die Energiegewinnung aus Abwasserwärme ist nach Auffassung der Unionsfraktion eine Technologie, die bei der klimaneutralen Wärmeerzeugung bisher zu wenig Aufmerksamkeit erfährt. In ihrem Antrag mit dem Titel „Ungenutzte Potenziale der Wärme aus Abwasser erschließen“ fordern die Abgeordneten von CDU und CSU die Bundesregierung auf, Abwasserwärme als wesentliche Option für eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu fördern und eine Strategie zur stärkeren Nutzung in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen sowie der Energie- und Wasserwirtschaft zu entwickeln.

Bis zu 15 Prozent des Wärmebedarfs im Gebäudesektor könnten mit Abwasserwärme abgedeckt werden, heißt es in dem Antrag. Die aus unmittelbarer Umgebung gewonnene Energie sei sauber, direkt vor Ort nutzbar und CO₂-neutral. Für eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Wärmeversorgung gelte es, diese noch versteckte Ressource nutzbar zu machen. Die Unionsfraktion schlägt vor, ein Ausbauziel von zehn TWh Abwasserwärme bis 2030 anzustreben. Es brauche ein Ausbauziel, analog zur Geothermie, um Abwasserwärme Sichtbarkeit und Legitimation zu verleihen.

Infrastruktur bietet großes Potenzial

Die bereits vorhandene Abwasserinfrastruktur biete ein großes Potenzial für die Energiegewinnung aus Abwasser. Insbesondere in urbanen Räumen könne sich dieses Potenzial entfalten – vor allem dort, wo es bisher noch an innovativen und klimaneutralen Lösungen fehle. Abwasserwärme sei vergleichsweise einfach erschließbar. Je nach Größe der Kläranlagen könne sie auch für kleinere Kommunen eine Option sein, wenn das Kanalnetz zwar zu klein ist, aber es ausreichend Abwassermengen gibt.

Zukünftig müsse auch die Abwasserwärme als Energiequelle mit Geothermie, Solarthermie, Biomasse und Wasserstoff im Wettbewerb stehen oder gleichzeitig genutzt werden, um

die Wärmenetze klimaneutral zu speisen, heißt es. Wertvolle Energie im Abwasser gehe vielerorts in der Kanalisation verloren. Dies sei verschwendetes Potenzial. „Es scheitert nicht an der technischen Machbarkeit, sondern am politischen Willen der Ampel.“

Stellungnahmen zum Antrag

Anlässlich einer Anhörung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie im Bundestag waren Expertinnen und Experten geladen, um Stellung zu einem Antrag der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag zu nehmen. Laut Dr. Kai Lobo, stellvertretender VKU-Hauptgeschäftsführer, „kann Abwasserwärme vor allem in dicht besiedelten Gebieten ein wichtiger Baustein für die Wärmewende sein. Deswegen sollte das Potenzial der Abwasserwärme auch beim nächsten Fernwärmegipfel auf der Agenda stehen.“

Für den Ausbau der Fernwärme im Allgemeinen und die Nutzung der Abwasserwärme im Speziellen würden generell einheitliche Regelungen, klare Zuständigkeiten und vor allem Investitions- und Planungssicherheit benötigt. Für den Fernwärmeausbau gehöre dazu auch eine Aufstockung der BEW auf 3 Milliarden Euro pro Jahr und eine KWKG-Verlängerung.

„Bei der Umsetzung in den Kommunen brauchen wir mehr und geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geneh-

migungs- und Fachbehörden und die Beteiligung kommunaler Unternehmen an Entscheidungsprozessen“, führte Lobo abschließend aus.

Wie Tim Bagner vom Deutschen Städtetag bemerkte, sei Abwasserwärme vor allem in Kommunen ein wichtiges Thema. Obwohl das Potenzial nach seiner Beobachtung wohl eher bei fünf als bei 15 Prozent liege, könne Abwasserwärme ein relevanter Faktor sein. Allerdings brauche es für die Umsetzung aufgrund zu hoher Anfangsinvestitionen eine verstärkte Förderung für die Kommunen.

Licht und Schatten

Aus Sicht von Benjamin Köhler vom Öko-Institut ist die Technik vorhanden, etabliert und in anderen europäischen Ländern auch schon weit verbreitet. Hemmnisse hierzulande seien die unzureichende Zugänglichkeit von Informationen wie beispielsweise zu digitalen Karten zur Lage und anderen Parametern des Kanalnetzes, sowie Wissenslücken und Bedenken bei kommunalen Akteuren und Projektentwicklern hinsichtlich der Potenziale und nicht standardisierte Genehmigungsprozesse.

Warnung vor Risiken und unerwünschten Nebenwirkungen

Frank Hennig, Diplomingenieur für Kraftwerksanlagen und Energieumwandlung warnte vor Risiken und unerwünschten Nebenwirkungen. So sollte etwa die Auswirkung abgekühlten Abwassers auf den Klärprozess untersucht werden. Sollte die Wirkung der Mikroorganismen (Bakterien) durch niedrigere Abwassertemperaturen negativ beeinflusst werden, könne möglicherweise der gesamte Klärprozess gefährdet werden und es drohe eine Überschreitung der Reinwasser-Grenzwerte. DK

Wasserstoff – der klimaneutrale Alleskönner

Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff

energie schwaben

Handlungsoptionen und Positionen:

DStGB zur Zukunft der Gasnetze

Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden. Im Zentrum aller Bemühungen steht dabei, eine treibhausgasneutrale und ausreichende Energieversorgung so schnell wie möglich sicherzustellen und die Bezahlbarkeit der Energie für alle Verbraucher zu gewährleisten. Die Kommunen unterstützen dieses Ziel ausdrücklich und haben eine Schlüsselfunktion für die Umsetzung der Energiewende vor Ort.

Die Dekarbonisierung der Energieversorgung hat neben einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze auch den Umstieg von Erdgas auf alternative, grüne Gase zur Folge. Laut Deutschem Städte- und Gemeindebund liegen hierzulande derzeit ca. 600.000 Kilometer an Erdgasleitungsrohren; die Hälfte davon wird von kommunalen Unternehmen bewirtschaftet. 14 Mio. Haushalte, 1,8 Mio. mittelständische Unternehmen und 300.000 Unternehmen der Großindustrie werden derzeit noch mit Erdgas versorgt.

Für den Hochlauf einer Wasserstoffinfrastruktur werden diese Netze gebraucht, allerdings nicht in dem Umfang, in dem sie heute für Erdgas verwendet werden. Bei abnehmender Zahl der Gasverbraucher und/oder der Abnahmemenge von Erdgas sind die Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung des Gasverteilernetzes von zunehmend immer weniger Kunden zu tragen. Ohne Gegensteuerung ergäben sich sehr stark steigende Netzentgelte für den Gasnetzbetrieb. Ziel muss aber sein, eine bezahlbare, wirtschaftlich tragfähige und sichere Energieversorgung auch in

der Übergangsphase zur Klimaneutralität zu sichern, und eine Umwidmung auf Wasserstoff dort zu ermöglichen, wo Wasserstoff perspektivisch ökonomisch sinnvoll Anwendung findet“, so der DStGB.

Gaskonzessionen

Aus Verbandssicht ist damit zu rechnen, dass es in einzelnen Netzgebieten wegen der sinkenden Erdgaskundenzahl und damit verbundenen Refinanzierungsrisiken keine Bewerber auf neu zu vergebende Gaskonzessionen geben wird. In diesem Fall gebe es kein Unternehmen, das zu einem Weiterbetrieb eines örtlichen Versorgungsnetzes bereit wäre und es stelle sich die Frage nach der Aufrechterhaltung der Gasversorgung in der betroffenen Kommune zu mindestens für die Übergangszeit, bis für alle bisherigen Netzkunden sinnvolle Versorgungsalternativen bestehen.

In Fällen, in denen sich aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit kein Versorgungsunternehmen mehr findet, eine wesentliche Infrastruktur weiter zu betreiben, kommt laut Bundeswirtschaftsministerium in Betracht, den bisherigen Konzessionsvertraglicher Regelungen durch den Bundesgesetzgeber ist aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes abzulehnen. „Dies würde dem Grundsatz der Privatautonomie widersprechen, vor allem aber örtlich angepassten Regelungen im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung.“

zessionsvertraglicher Regelungen durch den Bundesgesetzgeber ist aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes abzulehnen. „Dies würde dem Grundsatz der Privatautonomie widersprechen, vor allem aber örtlich angepassten Regelungen im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung.“

Umwidmung der Gasnetze

Eine Umwidmung der Gasnetze werde also auch mit einem Rückbau bzw. einer Stilllegung einhergehen, wobei dieser Transformationsprozess noch nicht geregelt ist. Auch die Weiternutzung bestehender Gasnetze mit klimaneutralen Gasen wie Biomethan und Wasserstoff sowie der Bau neuer Wasserstoffleitungen müssten regulatorisch begleitet werden. Hier sei eine Unsicherheit in der derzeit noch ungewissen Verfügbarkeit von Wasserstoff begründet. Biomethan könnte vor allem in ländlichen Räumen eine Alternative für einen längerfristigen Weiterbetrieb von Gasnetzen und die Sicherstellung der Wärmeversorgung sein.

Der DStGB weist darauf hin, „dass die Planung von Wasserstoffinfrastruktur nicht isoliert von der Wärmeplanung erfolgen darf“. In der Begründung zum Wärmeplanungsgesetz finde sich eine Schätzung der Anzahl an Kommunen, die in 2030 Wasserstoffgebiete ausweisen werden. Für diese Schätzung wurde die Anzahl an Kommunen mit Gasverteilernetz zugrunde gelegt und angenommen, dass maximal 50 Prozent der Gebiete mit weniger als 10.000 Einwohnern auf Wasserstoff umsteigen werden. Das würde bedeuten, dass 2.908 Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern und insgesamt 3.690 Kommunen Wasserstoffgebiete ausweisen werden. Dies verdeutliche das Ausmaß und das Potenzial des Wasserstofftransports auf der Verteilnetzebene.

Transformationsplanung

Dabei spielten Städte und Gemeinden – auch zusammen mit den Stadtwerken bzw. kommunal geprägten Unternehmen – eine wesentliche Rolle, denn im Zuge der Energiewende müssten auf der Grundlage erneuerbarer Energien verbrauchsnahe Lösungen im Sinne der Bürger und der Wirtschaft entwickelt werden, die zudem einen Einfluss auf die Wertschöpfung in Kommunen und Regionen haben. Deshalb sei es essenziell, dass die Kommunen und die kommunalen bzw. kommunal geprägten Unternehmen von Beginn an in die Transformationsplanung miteinbezogen werden, dies müsse auch die kommunale Wärmeplanung berücksichtigen.



Eine Lichtgestalt tritt ab

Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer des vbew, verabschiedet sich in den Ruhestand. „Frei, wie ein Anarchist“, nannte ihn Staatssekretär Tobias Gotthardt und ließ auch Fischers unbequeme Sachlichkeit nicht unerwähnt: „Wer selber so konsequent ist, darf den anderen ins Gewissen reden.“

Klaus Steiner, vbew-Verbandsvorsitzender, sagte aus eigener Erfahrung, dass Fischer sich nicht scheute, Klartext zu reden. An die beiden Nachfolger Marian Rappl und Florian Mattner appellierte Steiner: „Ohne Kritik entwickelt man sich nicht weiter.“

Die Bayerische Gemeindezeitung, auf dem Bild vertreten durch Constanze von Hassel (l.) und Theresa von Hassel, sagt DANKE für viele Jahre konstruktiven Austausch, und den einen oder anderen Denkanstoß. Alles Gute, lieber Herr Fischer! □



Seit Juli ist Stefan Thums (r.) der neue Leiter des Bayerischen Landesamtes für Maß und Gewicht (LMG) in Bad Reichenhall. Aufgrund seiner bisherigen Funktion in der Abteilung Energiepolitik des Bayerischen Wirtschaftsministeriums ist er bestens vertraut mit den Aufgaben, die das LMG bei der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung in den bayerischen Gemeinden übernehmen wird. Unser Bild zeigt Thums mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, der ihm kürzlich die Bestellsurkunde überreichte.

Bild: StMWi/Bastian Brummer

Eine „Überschreibung“ kon-

der Wirtschaftlichkeit und der Machbarkeit. Für Gebäudeeigentümer ergebe sich nach dem Wärmeplanungsgesetz in Verbindung mit dem Gebäudeenergiegesetz: „Für den Fall, dass die Gemeinde ein Wasserstoffnetzgebiet ausgewiesen hat, kann bis zum Anschluss an ein Wasserstoffnetz eine Heizungsanlage, die Erdgas verbrennen kann und auf die Verbrennung von 100 Prozent Wasserstoff umrüstbar ist, zum Zweck der Inbetriebnahme eingebaut oder aufgestellt werden.“

Für Städte, Gemeinden und die Versorger bestehe weiterhin Unklarheit über die zukünftige Verfügbarkeit und den Preis von Wasserstoff. Klar aber ist laut DStGB: „Die Kommunen müssen zu einer sachkundigen und zukunftsfähigen Wärmeplanung befähigt werden.“

DK

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

TV BAYERN LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

Sonder-Verkehrsministerkonferenz in Düsseldorf:

Deutschlandticket und kein Ende

Die Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister der Länder sind sich einig, dass das Deutschlandticket im kommenden Jahr teurer wird. Wie viel das Abo für den Öffentlichen Personennahverkehr dann kosten soll, sei derzeit nicht absehbar, erklärte NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer nach einer Sonderkonferenz in Düsseldorf. Weitere Planungen dazu soll es auf der kommenden Verkehrsministerkonferenz im Herbst geben, wenn insbesondere auch die politischen Entscheidungen des Bundes, die jetzt noch anstünden, zugrunde liegen. Bislang sind für das Ticket monatlich 49 Euro zu berappen.

„Wir als Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister der Länder wollen die Attraktivität des Tickets erhalten. Wir werden alles dafür tun, dass diese Erhöhung so moderat wie möglich ausfällt“, unterstrich Krischer, verwies jedoch auf die allgemeine Preisentwicklung, die Inflation und die Kostenentwicklung im öffentlichen Verkehr.

Besonders was die Finanzierung seitens des Bundes an-

geht, herrsche bei den Ländern und der Verkehrsbranche weiter Unsicherheit. Immerhin habe der Bund nun endlich einen Kabinettsbeschluss zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes auf den Weg gebracht. Laut dpa enthält der Entwurf für eine Formulierungshilfe für einen entsprechenden Beschluss unter anderem die Möglichkeit für die Verkehrsunternehmen, nicht genutzte Mittel aus dem

Jahr 2023 auch für 2024 und neuerdings 2025 nutzen zu können. Der nun angekündigte Kabinettsbeschluss müsse noch im Juli dieses Jahres im Kabinett verabschiedet werden, allerdings nicht, ohne vorher noch wesentliche Änderungen vorgenommen zu haben, fordern die Länder.

Auszahlung der Regionalisierungsmittel

Bisher sieht der Entwurf vor, dass Regionalisierungsmittel in Höhe von 350 Millionen Euro, die zur Finanzierung des Deutschlandtickets im Jahr 2025 fließen sollen, vorerst zurückgehalten werden. Erst wenn ein Bundesland einen Nachweis über die Verwendung der Mit-

tel vorlegt, soll das Geld ausbezahlt werden. Das könne demnach frühestens ab dem 1. September 2026 geschehen.

Auch sollen nach dem Willen des Bundes weitere Preissenkungen im Rahmen des Deutschlandtickets, zum Beispiel für Schüler-tickets, künftig nicht mehr aus den Regionalisierungsmitteln bezahlt werden. Die Länder müssten solche Angebote demzufolge allein schultern. „Dies greift in die Länderhoheit ein und verringert zudem den Absatz und erhöht so das Defizit des Deutschlandtickets zulasten von Bund und Ländern“, stellen die Minister klar.

Ankündigungen müssen Taten folgen

Wie Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter, zugleich Sprecher der B-Länder der Konferenz, deutlich machte, „reden wir seit acht Monaten an den Bund hin, die zugesagte Übertragung der Restmittel sicherzustellen. Jetzt soll es eine Sondersitzung des Bundeskabinetts im Juli richten. Das ist keine solide Regierungsarbeit und verunsichert die Fahrgäste und Verkehrsbetriebe im ganzen Land.“ Dem Bund könne man erst glauben, wenn die Finanzierung nicht nur angekündigt ist, sondern er seinen bereits im letzten Jahr eingegangenen Verpflichtungen für 2023 und 2024 endlich Taten folgen lässt. Dann endlich sei gesichert, dass der Preis für das Jahr 2024 stabil bleibt.

„Allerdings befürchten wir schon die nächste Trickerei“, betonte Bernreiter. „Der Bund probiert durch den uns vorliegenden Gesetzentwurf ein Kofinanzierungsgeschäft spezieller

Art: Es sieht so aus, als wolle er sich von den Ländern einen Kredit holen. Wir brauchen aber keine weiteren Haushaltsspielchen des Bundes, wir brauchen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung. Die Mittel werden 2024 auf alle Fälle verbraucht sein, so dass ehrlicherweise in 2025 mit einem Preisanstieg gerechnet werden muss. Hierüber muss im Herbst 2024 entschieden werden. Damit das Deutschlandticket von den Fahrgästen künftig noch besser angenommen wird, brauchen wir außerdem einen fortlaufenden Infrastrukturausbau. Dazu muss der Bund die zugesagten Regionalisierungsmittel liefern und auch endlich erhöhen.“

Ebenso wie die führenden Verkehrspolitikern der Länder kritisiert auch der Branchenverband VDV den vorliegenden Gesetzentwurf. „Die Bundesregierung hat sich acht Monate Zeit genommen, um nun einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die zentralen Fragen der endgültigen Finanzierung des Deutschland-Tickets erst bis Ende 2026 klären soll. Zudem will sich der Bund offenbar schrittweise aus der hälftigen Mitfinanzierung des Tickets zurückziehen und den Ländern mehr Finanzverantwortung übertragen. Dabei war es diese Bundesregierung, die das Deutschland-Ticket gemeinsam mit den Ländern bei uns bestellt hat. Wer bestellt, der muss auch bezahlen! Und zwar so lange, wie es das Angebot gibt“, hob VDV-Präsident Ingo Wortmann hervor.

Ausgangspunkt der Branchenkritik ist das im Gesetzentwurf vorgeschlagene Verfahren zur Auszahlung von Regionalisierungsmitteln für das Jahr 2025

in Höhe von 350 Millionen Euro. „Wir sollen also trotz der extrem angespannten finanziellen Lage in der Branche noch fast zwei Jahre warten, bis die Regionalisierungsmittel vollständig ausgezahlt werden, die der Bund längst zugesagt hat. Das ist ein Unding und weder unternehmerisch noch wirtschaftlich vertretbar. Schon aktuell reichen, auch wegen des Deutschland-Tickets, die zur Verfügung stehenden Mittel kaum aus, um das Bestandsangebot zu finanzieren. Es ist vollkommen unverständlich, dass man in so einer Situation dem ÖPNV-System weitere 350 Millionen Euro vorenthält“, so Wortmann. Zudem betrachtet die Branche es äußerst skeptisch, dass im Gesetzesentwurf nun nicht mehr davon die Rede sei, dass sich Bund und Länder die Finanzierung des Tickets zur Hälfte teilen, sondern sich die Länder mindestens in gleicher Höhe an der Finanzierung des D-Tickets beteiligen sollen.

„Damit verschiebt der Bund die Finanzierungsverantwortung in Richtung der Länder und kündigt de facto die ursprüngliche Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, die eine 50:50-Aufteilung des notwendigen Ausgleichs der Einnahmeverluste bei den Verkehrsunternehmen vorsieht. Man bekommt den Eindruck, dass die Bundesregierung nicht mehr voll und ganz hinter dem Deutschland-Ticket steht oder die Finanzierungsdimensionen unterschätzt hat. Mit solchen Vorschlägen wie im aktuellen Gesetzesentwurf sorgt man jedenfalls nicht für Sicherheit und Planbarkeit bei Kunden und Verkehrsunternehmen“, stellte der VDV-Chef abschließend fest. **DK**

VDV-Jahrestagung in Düsseldorf:

Der Mensch im Mittelpunkt

Welchen Stellenwert das Thema Personal hat, wenn es um die Frage der Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Personen- und Schienengüterverkehrs geht, machte die diesjährige VDV-Jahrestagung in Düsseldorf mit über 850 Teilnehmern deutlich. Die dreitägige Veranstaltung stand unter dem Leitmotiv „Menschen im Fokus – Fachkräfte, Fahrgäste, Vielfalt“.

In den Fachforen wurden die aktuellen Herausforderungen und Veränderungen in der Branche diskutiert: Im Fachforum Technik standen die Herausforderungen der Transformation zur Nachhaltigkeit durch neue Technologien im Vordergrund. Im Fachforum Eisenbahnverkehr ging es um die Zwischenbilanz des Projekts InfraGo, die Finanzierung der Schieneninfrastruktur sowie den Stand und die Perspektiven der Sanierung und des Ausbaus des Netzes.

Fachforen

Über Klimaschutz und Daseinsvorsorge durch Leistung und Qualität im öffentlichen Verkehr sowie die entscheidende Rolle einer auskömmlichen Finanzierung wurde im Fachforum ÖPNV erörtert. Im Forum „ÖPNV intensiv“ drehte sich alles um die Zukunft des Deutschland-Tickets und die Notwendigkeit von Planungssicherheit für die Verkehrsunternehmen. Bei den Spartenreffen standen der Ausbau und die Modernisierung städtischer Schienenbahnen ebenso auf der Agenda wie das autonome Fahren im Öffentlichen Verkehr.

Bezugnehmend auf das Leitmotiv der Jahrestagung stellte VDV-Präsident Ingo Wortmann die Ergebnisse aus der VDV-Branchenumfrage Personal vor: „Wir sehen ein gesteigertes Interesse der Bewerberinnen und Bewerber, für Bus und Bahn zu arbeiten und insgesamt mehr Bewerbungen. Gleichzeitig geben 74 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie 2023 mehr Kolleginnen und Kollegen eingestellt haben als noch im Vorjahr, bei dem wir bereits sehr hohe Werte hatten. Wir können sagen: Die deutschlandweiten Einstellungsoffensiven laufen auf Hochtouren – und das müssen sie auch, denn es ist noch ein weiter Weg, die demografisch verursachten Effekte wettzumachen und uns personell aufzustellen für Angebotsausbau und Mobilitätswende“, betonte Wortmann.

VDV-Branchenumfrage

75 Prozent der befragten Mitgliedsunternehmen des öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehrs gaben an, dass der Personalbedarf zugenommen habe – 23 Prozent da-

von geben sogar „stark zugenommen“ an. Drei Viertel haben insgesamt mehr eingestellt als noch im letzten Jahr. Mehr als ein Viertel der Unternehmen hat über 15 Prozent Personal neu eingestellt. Am dringlichsten wird laut VDV-Branchenumfrage „Personal im Fahrdienst“ gesucht, gefolgt von „gewerblich-technischem Personal“.

Personalsuche in allen Bereichen

Wortmann: „Aber man kann hinschauen, wo man will, wir suchen in allen Bereichen!“ Tatsächlich ist der Bedarf an Ingenieurinnen und Ingenieuren, IT-Spezialisten, beim kaufmännischen Personal sowie bei „Auszubildenden auf einem vergleichbar hohen Niveau.“

Die Unternehmen prognostizieren in der VDV-Branchenumfrage Personal, dass sie die Zahl ihrer Mitarbeiter bis 2030 um rund 21 Prozent erhöhen müssen, um den politisch geforderten Wachstumszielen der Verkehrswende genügen zu können – ein Aufwuchs, der zusätzlich zu den Folgen des demografischen Wandels kommt: Die Branche geht davon aus, dass bis 2030 jährlich ca. 4.000 bis 6.000 Fachkräfte in den Ruhestand wechseln werden, schon jetzt gehen Branchenfachleute davon aus, dass bereits rund 20.000 Busfahrerinnen und -fahrer im ÖPNV bei den öffentlichen und privaten Busunternehmen in Deutschland fehlen.

Viel Potenzial bei Rekrutierung im Ausland

Rund 100.000 Busfahrerinnen und -fahrer befinden sich hierzu-land aktuell in gewerblichen Beschäftigungsverhältnissen im ÖPNV. Dabei gaben fast die Hälfte der Unternehmen an, aus personellen Gründen den Betrieb zumindest zeitweilig eingeschränkt zu haben. „Der Altersdurchschnitt ist im Fahrdienst laut Branchenumfrage mit über 50 Jahren nochmal deutlich höher als im technischen Bereich oder in der Verwaltung mit je rund 45 Jahren“, stellte der VDV-Präsident fest. Nur 13 Prozent der Unternehmen rekrutieren bereits aktiv im Ausland – der am häufigsten angegebene Grund, dies noch nicht zu tun: Die Personalabteilungen schätzen ein, ihren Bedarf an heimischen Arbeitsmarkt decken zu können. Wortmann zufolge „müssen wir uns die Arbeitsmarktdaten kritisch anschauen, ob das künftig reicht. Auch bei der Rekrutierung im Ausland gibt es noch viel Potenzial, das wir als Branche gemeinsam heben können.“ **DK**

Neue Direktzüge zwischen Nürnberg und Münchner Flughafen

Der Aufsichtsrat der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) hat der Verlängerung des Flughafenexpresses nach Nürnberg zugestimmt. Damit ist der Weg frei für zweistündliche Direktzüge zwischen dem Nürnberger Hauptbahnhof und dem Münchner Flughafen, die von den Bahnunternehmen Agilis und DB Regio betrieben werden. Dass zwei Eisenbahnunternehmen eine Linie gemeinsam betreiben, ist ein Novum im bayerischen Regionalverkehr.

„Für die bessere Schienenanbindung des Münchner Flughafens ist das ein Volltreffer“, sagt Christian Bernreiter, Bayerns Verkehrsminister und Aufsichtsratsvorsitzender der BEG. „Aber nicht nur der Flughafen München profitiert, sondern auch der Großraum Nürnberg und die westliche Oberpfalz, denn der Flughafenexpress hält auch in Neumarkt, Parsberg und Beratzhausen. Außerdem erhalten Freising, Moosburg, Lands-hut und das westliche Niederbayern wieder eine Direktverbindung nach Nürnberg. Angesichts der finanziellen Engpässe durch die fehlende Mittelerrhöhung des Bundes ist diese Entscheidung ein ziemlicher Kraftakt und alles andere als selbstverständlich.“

Im Rahmen dieser Verbesserung wird der RE 50 Nürnberg – Regensburg, der ab Dezember

2024 von Agilis im Stundentakt betrieben wird, zweistündlich mit dem Flughafenexpress RE 22 München Flughafen – Regensburg von DB Regio verknüpft. In den Stunden dazwischen fährt der Flughafenexpress wie heute zwischen Regensburg und Münchner Flughafen sowie der neue RE 50 zwischen Nürnberg und Plattling. Die Fahrtzeit zwischen Nürnberg und dem bayerischen Luftfahrt-drehkreuz beträgt 2,5 Stunden.

Während der Flughafenexpress heute meist nur mit einem Zugteil unterwegs ist, werden künftig viele Züge auf der durchgehenden Linie Nürnberg – Flughafen München mit zwei Zugteilen verkehren. Dadurch steigt die Kapazität zu heute maximal 219 Sitzplätzen auf der Linie Regensburg – Flughafen München auf bis zu 528. **DK**

MUTH & PARTNER
Wirtschaftsprüfer · Steuerberater · Rechtsanwälte mbB

konform

**Ihre Experten für Vergaberecht,
Vergabemanagement und Projektsteuerung**

Wir unterstützen Sie durch folgende **Leistungen:**

- Gestaltung der Vergabeunterlagen und Veröffentlichung der Bekanntmachung
- Durchführung des Vergabeverfahrens
- Öffnung von Teilnahmeanträgen und Angeboten
- Bieterkommunikation, Verhandlung mit den Bietern und Zuschlagsschreiben
- Rechtliche Verfahrensbegleitung und ergebnisorientierte Beratung
- Vertretung in Rechtsmittelverfahren

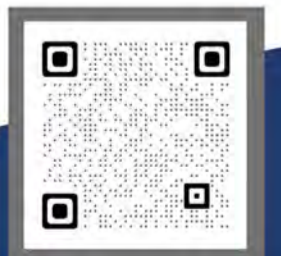
Unsere Sprache bleibt selbst bei komplexen Fällen für Sie verständlich.

Sprechen Sie uns an!

Muth & Partner mbB
Ihre Experten für Vergaberecht
✉ rechtsanwaelte@muth-partner.de

MP konform GmbH
Ihre Experten für Vergabemanagement und Projektsteuerung
✉ vergabemanagement@konform-online.de

Rangstraße 5 • 36037 Fulda • +49 (661) 9736-0



Kultureinrichtungen gründen „Notfallverbund Bayern“

Der Klimawandel begünstigt Naturkatastrophen und Extremwetterlagen, deren Folgen immer häufiger auch Kultureinrichtungen unmittelbar betreffen. Das Hochwasser 2024 beweist erneut, dass eine Bewältigung derartiger Schadensereignisse allein auf lokaler Ebene meist nicht mehr möglich ist. Immer bedeutsamer wird daher eine überregional vernetzte Infrastruktur für den Kulturgutschutz mit entsprechender personeller und technischer Ausstattung.

Um in Bayern auf Großschadensereignisse besser vorbereitet zu sein, schließen sich führende Kultureinrichtungen zum Notfallverbund Bayern zusammen. Erstunterzeichner der Vereinbarung sind die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, die Bayerische Staatsbibliothek, die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, das Bayerische Nationalmuseum, Archiv und Bibliothek des Erzbistums München und Freising, das Archiv des Erzbistums Bamberg, die Archäologische Staatssammlung und das Bundesarchiv für seine Einrichtung Lastenausgleichsarchiv Bayreuth. Unterstützt wird der Notfallverbund vom Landesfeuerwehrverband Bayern e.V., den bayerischen Feuerwehren sowie

dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration und dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

Überregionale Ebene

Der Notfallverbund Bayern ergänzt die bestehenden regionalen Notfallverbände um eine überregionale Ebene. Bisher gibt es in Bayern aktive Notfallverbände bereits an den Standorten aller Staatsarchive, also in Amberg-Sulzbach-Rosenberg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Landshut, München, Nürnberg und Würzburg. Weitere lokale Verbände sind in Gründung. Kunstminister Markus Blume betont anlässlich der Unterzeichnung der Vereinbarung: „Prävention, Schutz und Vernetzung gelingt am besten gemeinsam: Mit der

Einrichtung des Notfallverbundes Bayern schließen sich Kultureinrichtungen aus dem ganzen Freistaat zum schnellen und umfangreichen Schutz unserer Kulturschätze zusammen. Herzstück des Verbundes ist zunächst die Bereitstellung und Koordination eines speziellen Notfallcontainers für den Kulturgutschutz. Im Notfall beraten und begleiten fachkundige Expertinnen und Experten des Verbundes die Feuerwehr beim Einsatz des Containers. So wird Hand in Hand mit den Einsatzkräften ein schneller, sicherer und passgenauer Schutz unserer Kulturschätze garantiert.“

Die ersten 48 Stunden entscheiden

Die im Notfallverbund Bayern zusammengeschlossenen Institutionen bündeln im Falle eines Großschadensereignisses ihre personellen, fachlichen und technischen Ressourcen, um unersetzliches Kulturgut vor Verlust und Zerstörung zu bewahren. Über den Erfolg einer Erst-



Unterzeichnung der Vereinbarung „Notfallverbund Bayern“ in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. V.l.: Dr. Dirk Blübaum und Simone Schön (beide: Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern); Archivdirektor Karsten Kühnel M.A. (Bundesarchiv-Lastenausgleichsarchiv); Prof. Dr. Johannes Merz (Archiv und Bibliothek des Erzbistums München und Freising); Eva Ortner M.A. (Doerner-Institut/Bayerische Staatsgemäldesammlungen); Dr. Laura Scherr und Dr. Bernhard Grau (beide: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns); Dr. Rolf-Dieter Jung (Amtschemin im Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst); Prof. Dr. Bernhard Maaz (Bayerische Staatsgemäldesammlungen); Dr. Frank Matthias Kammel (Bayerisches Nationalmuseum); Prof. Dr. Rupert Gebhard (Archäologische Staatssammlung); Dr. Klaus Ceynowa (Bayerische Staatsbibliothek); Kreisbrandrat Johann Eitzenberger (Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V.); Dipl.-Ing. (FH) Jürgen Schwarz (Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration). Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv.

versorgung entscheiden die ersten 48 Stunden, nach dieser Zeit setzt erfahrungsgemäß bei nasen Objekten Schimmelbildung ein. Auch danach ist eine Bergung noch möglich, aber je zügiger richtig gehandelt wird, desto besser.

Ziele des Notfallverbundes

Bayern sind die Beschaffung und die Bereitstellung erforderlicher Großgeräte sowie ein regelmäßiger Übungsbetrieb. Im Schadensfall helfen Mitglieder des Verbundes bei der Bergung und Erstversorgung, die anschließende Weiterbearbeitung ist nicht Aufgabe des Notfallverbundes. Für den Notfallverbund Bayern sollten möglichst große Einrichtungen gewonnen werden, die selbst eigene Werkstätten betreiben bzw. regelmäßig eigene Großprojekte im Bereich der Bestandserhaltung betreuen. Die Einrichtungen verfügen so über die nötige Fachkompetenz, um im Einsatzfall auch weitere Einsatzkräfte im fachgerechten Umgang mit zu bergendem oder bereits havariertem Kulturgut anzuleiten. Ebenfalls zentral war eine breite Kompetenzverteilung. Neben Archiven und Bibliotheken sind große Museen und mit der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen ein wichtiger kompetenter Repräsentant kleinerer Museen vertreten. Ob Urkunde, Buch, Gemälde oder Skulptur, für jede Art von Kulturgut sind Spezialisten mit an Bord.

Über die „Aufbauhilfe 2021“ unterstützt der Bund die 2021 von Hochwasser und Starkregen betroffenen Regionen beim Wiederaufbau und die dort beheimateten Kultureinrichtungen bei der Bewältigung entstandener Schäden. Aus den dafür bereitgestellten Mitteln werden insgesamt zehn Notfallcontainer mit Ausrüstung und Materialien für den Kulturgutschutz beschafft und für den bundesweiten Einsatz bereitgehalten. Übergeordnetes Ziel der insgesamt zehn über das Bundesgebiet zu verteilenden Container ist die Schaffung einer vernetzten Notfallinfrastruktur Kulturgutschutz, die auch zusammengezogen werden kann.

Für Bayern läuft derzeit die Fertigung eines Spezialcontainers

nach dem Vorbild des bereits im Einsatz bewährten Abrollbehälters des Notfallverbundes Köln. Ab voraussichtlich Mitte 2025 steht dieser Abrollcontainer Kulturgutschutz an einem logistisch gut erreichbaren Standort im Raum München für den überregionalen Abruf über den Notfallverbund Bayern bereit. Die Alarmierung erfolgt über die Leitstellen der Feuerwehr, die finale Entscheidung, ob ein Anlass für eine Anforderung des Containers vorliegt, trifft der Notfallverbund Bayern. Über den Notfallverbund wird auch die Mannschaft des Containers – abgestimmt auf das jeweils betroffene Kulturgut – alarmiert.

Weitere Informationen

Notfallverbände in Deutschland: <https://notfallverbund.de/>

Die Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes (KEK) berücksichtigt die Notfallvorsorge in ihren Förderlinien und unterstützt etwa den Ankauf von Notfallboxen und anderen Ausrüstungsgegenständen oder die Ausarbeitung von Notfallplänen. Eine Übersicht bisher geförderter Projekte im Bereich Notfallvorsorge ist über die Homepage der KEK abrufbar: <https://www.kek-spk.de/projektliste?term=notfall>.

Ebenfalls auf der Homepage der KEK bereitgestellt wird eine interaktive Übersichtskarte aller Notfallverbände in Deutschland: <https://www.kek-spk.de/notfallverbundkarte/>.

Der Sicherheitsleitfadens Kulturgut (SiLK) bietet Archiven, Bibliotheken und Museen mit einem kostenfreien Online-Tool die Möglichkeit, in einer Selbstevaluation das Sicherheitsniveau der eigenen Einrichtung zu erheben und Schwachstellen aufzudecken: <https://www.silk-tool.de/de/>.

Finger weg vom Rettungsdienst

Mit völligem Unverständnis reagieren der Deutsche Landkreistag und der Niedersächsische Landkreistag (NLT) auf die Ankündigung von Bundesminister Karl Lauterbach und den Koalitionsfraktionen zur Reform des Rettungsdienstes. Dafür ist entgegen den ursprünglichen Absichten kein ordentliches Gesetzgebungsverfahren mehr geplant. Vielmehr will der Bundesgesundheitsminister nun über Fraktionsänderungsanträge im laufenden Verfahren zur Notfallreform Beteiligungsrechte umgehen und auf Abstimmungen mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden verzichten.

„Die Landkreise machen einen hervorragenden Job beim Rettungsdienst, die Länder regeln alle Einzelheiten in ihren Rettungsdienstgesetzen. Eine Reform, die in Wahrheit nur darauf zielt, die Krankenkassen um die Investitionskosten zu entlasten und den Rettungsdienst genauso in die strukturelle Unterfinanzierung zu drängen wie aktuell unsere Krankenhäuser, braucht Deutschland nicht“, erklärt DLT-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Henneke in Berlin nach Beratungen mit dem Präsidium des NLT.

NLT-Hauptgeschäftsführer Hubert Meyer führt aus: „Wir haben bereits 2019/2020 mit einem breiten politischen Bündnis vieler Partner zahlreiche Argumente gegen die unausgegorenen Reformpläne des Bundes vorgebracht. Der Rettungsdienst ist elementarer Bestandteil der kommunal getragenen Gefahrenabwehr für unsere Bürger vor Ort.“ Polizei, Rettungsdienst und Katastrophenschutz arbeiten auf Grundlage des jeweiligen Landesrechts hoch professionell alle Lagen zusammen ab – vom Verkehrsunfall bis zum Hochwasser. □



V.l.: Harald Hegen (Abteilungsleiter öffentliche Sicherheit und Ordnung), Daniel Zolda (Brand- u. Katastrophenschutz), Heinz Mayr (Kreisbrandrat), Landrat Stefan Rößle, Johannes Stengel (Leiter UG-ÖEL) und Thomas Bieber (Drohnenbeauftragter UG-ÖEL). Bild: Diana Sonntag, LRA Donau-Ries

Landkreis Donau-Ries:

Eine Drohne für den Katastrophenschutz

Neue Drohne an die Unterstützungsgruppe Örtlicher Einsatzleiter (UG-ÖEL) übergeben

Landrat Stefan Rößle hat im Beisein von Kreisbrandrat Heinz Mayr eine neue, leistungsfähigere Drohne an die Katastrophenschutz-einheit UG-ÖEL übergeben.

Im Katastrophenschutz stellt der Einsatz von Drohnen eine wertvolle Ergänzung insbesondere im Bereich der Lageerkundung dar. Die neue Drohne besitzt u.a. eine Wärmebildkamera sowie einen leistungsstarken Suchscheinwerfer und kann auch bei Vermisstensuchen zum Einsatz gebracht werden. Die Drohne wird bei größeren Einsätzen zudem zur Dokumentation verwendet.

Das Bild- und Videomaterial kann dabei in Echtzeit in den Einsatzleitwagen oder ins Landratsamt übertragen werden.

Einen ersten Einsatz hatte die Drohne bereits vor der Übergabe hinter sich. Noch während der Hochwasserkatastrophe Anfang Juni konnte durch die Drohne eindrucksvolles und aussagekräftiges Bild- und Videomaterial geliefert werden. □

Stadt München:

Bedeutung des Carsharings wächst

Zum 1. Januar 2024 waren laut dem Bundesverband in Deutschland über 5,5 Millionen Menschen für die Nutzung von Carsharing-Angeboten registriert. In 935 Städten und Gemeinden deutschlandweit sind 293 Unternehmen in diesem Feld aktiv. Und auch in München wird das Angebot immer wichtiger: Hinter Karlsruhe darf sich München mit zwei Carsharing-Fahrzeugen pro 1.000 Einwohnern laut Bundesverband Carsharing mittlerweile Vize-Carsharing-Hauptstadt nennen.

Das zeigt sich auch im Straßenraum: Auf dem Münchner Stadtgebiet sind mittlerweile über 300 Plätze eigens für geteilte Autos zur Verfügung.

Zu finden sind diese sowohl an Mobilitätspunkten als auch an reinen Carsharing-Standorten. In den Apps der Anbieter ist erkennbar, welche Stellflächen in den Geschäftsgebieten liegen und angefahren werden können. Im öffentlichen Raum sind die Flächen an einem deutschlandweit einheitlichen

Zusatzschild zu erkennen, das unter dem bekannten blauen Parkplatz-Schild angebracht ist. Das Schild zur Markierung von Carsharing-Parkplätzen wurde im April 2020 in die StVO aufgenommen. Es zeigt einen in der Mitte geteilten Pkw sowie vier Personen, die sich dieses Auto teilen. Außerdem wird geprüft, ob eine zusätzliche Beschilderung möglich ist, die verdeutlicht, dass die Stellplätze Carsharing-Fahrzeugen vorbehalten sind. □

Stadt München:

Stadtweite Mahdumstellung beim Straßenbegleitgrün

Münchens Zweiter Bürgermeister Dominik Krause und Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer haben den Sachstand und den Zeitplan zur Umstellung der Straßenbegleitgrünsmahd vorgestellt. Die Mahdumstellung wurde seit 2021 in einem Pilotprojekt erprobt. Dadurch hat das Baureferat die notwendigen Erkenntnisse hinsichtlich der Pflege- und Mähmethoden, der ökologischen Wirksamkeit und der Kosten sammeln können.

Das Straßenbegleitgrün umfasst in München rund 490 Hektar und wird als Teil der öffentlichen Verkehrsflächen vom Baureferat gepflegt. Krause ist der Meinung, dass der Erhalt von Naturflächen nicht nur Aufgabe ländlicher Regionen sein könne, „auch in der Stadt müssen wir unseren Beitrag leisten. Die Umstellung der Mahd ist ein wichtiger Baustein, um die Artenvielfalt in München systematisch zu fördern. Weltweit sind inzwischen 40 Prozent aller Insektenarten vom Aussterben bedroht – mit Folgen für unsere Ernährungssicherheit. Die blühenden Straßenzüge sind auch ein Gewinn an Lebensqualität für die Münchnerinnen und Münchner: optisch, für die Luftqualität und fürs Klima in der Stadt.“

Verkehrssicherheit gewährleistet

Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer: „Die artenvielfaltswirksame Bewirtschaftung des Straßenbegleitgrüns ist eine Herausforderung. Es ist nicht damit getan, seltener zu mähen.“ Der richtige Mäh-Zeitpunkt sei ebenso wie die Art der Pflege relevant. Das bedeute, dass die Experten in der Abteilung Gartenbau jede Fläche einzeln betrachten und auf die jeweilige Situation angepasst bearbeiten müssen: „Die Einführung des neuen Systems erfordert Ressourcen, auch finanziell. Aber der Aufwand lohnt sich. Mit dem neuen Mähkonzept schaffen wir blütenreiche Wiesenflächen, die als Habitate für Insekten und Kleinlebewesen dienen. Damit verbessern wir auch die Nahrungsgrundlage für Vögel und Fledermäuse sowie die Habitatvernetzung für Insekten und Kleinlebewesen. Mehr Grünvolumen heißt außerdem mehr Verdunstungsleistung, was das Kleinklima verbessert und eine kühlende Wirkung auf den immer häufiger stark aufgeheizten Stadtraum hat. Ein weiterer Aspekt ist die Begrünung von derzeit weitgehend vegetationsfreier, stark verschatteter Straßenbegleitgrünflächen. Und natürlich haben wir dabei immer im Blick, dass die Verkehrssicherheit gewährleistet bleibt.“

Das neue Mähkonzept reduziert die Mahd der bisher bis zu zwölfmal im Jahr gemähten Grünstreifen auf zweimal im Jahr. Es gibt nur mehr eine erste Mahd im Juli nach der Blüte und eine zweite Mahd im Oktober. Die Schnitthöhe wird auf acht bis zehn Zentimeter erhöht. Die Mahd erfolgt mit insektenschonenden Mähgeräten. Das Mähgut wird mindestens zwölf Stunden auf der Fläche belassen und anschließend abtransportiert und zum Beispiel über eine Kompostierung wiederverwertet. Diese neue Arbeitsweise mit Kleingeräten und viel Handarbeit ist wirtschaftlich aufwendiger. Die Umstellung ist auf bis zu 70 Prozent der Flächen ökologisch zielführend.

Die Evaluierung des Pilotprojekts hat ergeben, dass sich auf über einem Drittel der Flächen das Artenreichtum erhöht hat. Der Kräuteranteil ist gestiegen. Tendenziell entwickeln sich besonnte Flächen bezüglich des Artenreichtums besser als verschattete Flächen. Aber auch in verschatteten, kaum bewachsenen Flächen hat sich die Vegetationsdeckung verbessert. Durch die Mahdumstellung sind Grünnetzungen entstanden – auch in Bereichen, in denen öffentliche Grünflächen fehlen. Die Resonanz der Bürger und Naturschutzverbände war positiv. Probleme bzgl. der Verkehrssicherheit haben sich nicht ergeben.

Der Stadtrat hat nach dem positiv verlaufenden Pilotprojekt das Baureferat im März 2023 beauftragt, die Voraussetzungen für die stadtweite Umstellung der Mahd des Straßenbegleitgrüns zu schaffen. □

So wird die GaLaBau 2024

Messeleiter Stefan Dittrich gibt einen aktuellen Überblick über den Stand der Vorbereitungen

Vom 11. bis 14. September 2024 trifft sich die grüne Branche zur 25. Jubiläumsausgabe der GaLaBau in Nürnberg. Als einzige, führende Fachmesse bildet die GaLaBau das gesamte Angebotspektrum für die Planung, den Bau und die Pflege von Urban-, Grün- und Freiflächen sowie Sportplätzen, Golfanlagen und Spielplätzen ab. Stefan Dittrich, Leiter der GaLaBau bei der Nürnberg-Messe, fasst alle Messe-Highlights zusammen und gibt Einblick in den aktuellen Stand der Vorbereitungen.

Herr Dittrich, die Geschäftslage in der GaLaBau-Branche ist gut. Sieht es mit der Entwicklung der Messe ebenso erfreulich aus? Wie läuft es aktuell mit den Vorbereitungen?

Stefan Dittrich: Ja, die Messe entwickelt sich in diesem Jahr sehr gut, was sicherlich auch daran liegt, dass die Branche in guter Stimmung ist. Das freut uns natürlich sehr! Neben allen gro-

ßen Branchenakteuren sind dieses Jahr auch wieder viele spannende neue junge Unternehmen mit dabei. Unser Ziel von 60.000 qm Ausstellungsfläche für die GaLaBau 2024 haben wir erreicht, ebenso die angepeilten 1.000 Aussteller. Alles in allem blicken wir also auf sehr vielversprechende vier Messtage, die mit Sicherheit wieder einen bedeutenden Beitrag zur Weiterentwicklung und zum Zusammenhalt der Branche leisten werden.

Kirchheim/Heimstetten:

Henne Nutzfahrzeuge wird 100

Wenn Leidenschaft auf Unternehmergeist trifft

2023 zog der damalige Bürgermeister von Kirchheim, Maximilian Böltl, in den Bayerischen Landtag ein. Sein Nachfolger Stephan Keck erntet nun die Früchte der Arbeit seines Vorgängers. Dazu zählen die bevorstehenden Fertigstellungen des neuen Gymnasiums, Rathauses und Bürgersaals. Der größte Erfolg war jedoch der Zuschlag für die Landesgartenschau 2024, die kürzlich ihren 200.000sten Besucher begrüßte. Passend dazu fällt die Landesgartenschau mit dem 100. Geburtstag von Henne Nutzfahrzeuge, dem Spezialisten für Kommunaltechnik, Baumaschinen und Galabau aus Kirchheim/Heimstetten, zusammen. Das Unternehmen feierte selbstverständlich auf der Landesgartenschau.

Im Jahr 1924 gründete der erfolgreiche Motorradrennfahrer Ernst Jakob Henne, bekannt als „Schneller Henne“, eine kleine Motorrad- und Automobilwerkstatt in München. Diese Werkstatt entwickelte sich rasch zur Firma AUTO-HENNE und später zur Henne Nutzfahrzeuge GmbH.

Partnerschaft mit der Landesgartenschau

Nun, 100 Jahre später, feierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sechs Standorte des in Heimstetten ansässigen Un-

ternehmens ihre Erfolge und die Partnerschaft mit der Landesgartenschau in Kirchheim. Obwohl Henne vor allem für den Unimog bekannt ist, hat das Unternehmen auch mehrere andere Fahrzeuge und Maschinen im Portfolio. Ein vollelektrischer Goupil G4 wurde zum Beispiel den Veranstaltern der Landesgartenschau für die Dauer des Events zur Verfügung gestellt. Er ist ideal für die Instandhaltung des Geländes, da er umweltfreundlich, emissionsfrei, wendig und vielseitig ist.

Auch die Industrie- und Handelskammer für München und



V.l. IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Manfred Gößl übergab Thomas Rieger, Geschäftsführer von Henne Nutzfahrzeuge, eine Urkunde zum 100-jährigen Jubiläum.

Bild: Henne

Oberbayern hat es sich nicht nehmen lassen, Henne zu diesem Jubiläum zu ehren. Nur etwa 0,5 Prozent der Unternehmen in Deutschland erreichen ein 100-jähriges Bestehen. Hauptgeschäftsführer Dr. Manfred Gößl übergab Henne eine Urkunde zum 100-jährigen Jubiläum und nutzte die Gelegenheit, eine Probefahrt im Jubiläumsumzug zu machen.

Henne steht für eine beeindruckende Geschichte, geprägt von Innovation und Tradition, die in der Welt der Kommunaltechnik und Baumaschinen einen fes-

Bevölkerungsschutz im Zeichen von Klimawandel und Zeitenwende

Lösungsansatz für neue Herausforderungen im kommunalen Krisenmanagement
Von Dr. Sandra Kreitner, Vizepräsidentin der Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV)

Der Wert eines funktionierenden Krisenmanagements zeigt sich erst in den schwersten Stunden der kommunalen Geschichte. Die Krisen der letzten Jahre machen es deutlich: Wir wissen weder was kommt noch wie es kommt. Von daher werden Instrumente benötigt, die geeignet sind, jede denkbare Herausforderung zu meistern – also schlagkräftige Strukturen, keine Papiertiger. In Zeiten von Klimawandel und Zeitenwende müssen sich die Kommunen auf komplexe Szenarien einstellen. Zudem werden allen Verantwortungsträgern Krisenmanagementfähigkeiten abverlangt.

Zielgerichteter Aufbau kommunaler Basisstrukturen

Wer die Lehren aus den zunehmenden Angriffen auf unsere Kritischen Infrastrukturen, unter anderem den Hackerangriffen auf kommunale Datennetze sowie den verheerenden Starkregenereignissen und Sturzfluten ziehen – und seine Bürger wirksam schützen will, dem wird schnell klar: Am Aufbau kommunaler Krisenstäbe aber auch von Anlaufstellen für die betroffene Bevölkerung sowie der Einrichtung von Notfallmeldestellen – für den Fall, dass Strom- und Kommunikationsnetze ausfallen – führt kein Weg vorbei. Aufbau und Betrieb dieser Strukturen kann ausschließlich durch entsprechend qualifiziertes Personal erfolgen.

Spezieller Lehrgang für kommunales Personal

Um Städten und Gemeinden dieses hochqualifizierte Personal zur Verfügung zu stellen, wurde in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSW) eine Lehrgangslandschaft zum schnellen Kompetenzerwerb kommunaler

Verantwortungsträger ins Leben gerufen: zeitgleich für das Krisenmanagement zu trainieren – legt Schwachstellen offen, die durch Resilienzmaßnahmen zu schließen sind. Sämtliche Entscheider sitzen im Krisenstab am Tisch und können aus einem gemeinsamen Verständnis für das simulierte Szenario die erforderlichen Maßnahmen unmittelbar auf den Weg bringen. Zudem wird die Fähigkeit vermittelt, den Krisenstab als zentrales Element der Ereignisbewältigung richtig einzusetzen. Planübungen zeigen, wie man Krisenstäbe auf spielerische Weise trainiert, wichtige Prozesse innerhalb angemessener Zeit zu beherrschen.

„First Line of Defense“

Wesentlicher Schlüsselfaktor der behördlichen Resilienz ist der Mensch. Von daher ist die Umsetzung von Resilienzmaßnahmen auf Ebene der Mitarbeiter essenziell. Anhand von Workshops, die 1:1 in die behördliche Praxis übernommen werden können, gelingt es, Mitarbeiter zu zuverlässigen Partnern in sämtlichen Sicherheitsbelangen und damit zu einer „First Line of Defense“ zu machen.

Essenziell ist auch das Feld der Risiko- und Krisenkommunikation. Ohne begleitende Risikokommunikation ist die Implementierung von Resilienzmaßnahmen nicht realisierbar – das gilt sowohl für die interne Kommunikation als auch für die Kommunikation mit dem Bürger. Wie die Risikokommunikationsstrategie in der Praxis, basierend auf acht Bausteinen, ausgestaltet ist, um erfolgreich zu sein, bildet daher ein unverzichtbares Element in der Ausbildung.

Unterstützung durch Community of Practice

Die Dozenten dieser Kurse betonen zudem die Community of Practice Schutz KRITIS, die allen Absolventen kostenfrei offensteht. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk, welches sich in regelmäßigen Abständen online trifft und fachliche Anleitung zur Lösung von Herausforderungen bietet, die in der kommunalen Gefahrenabwehr auftreten. Damit finden kommunale Verantwortungsträger nachhaltige Unterstützung in Ihrem Bestreben einen modernen Bevölkerungsschutz zu etablieren.

Weitere Informationen

Informationen zur Ausbildung „Resilienzmanager KRITIS (IHK)“ steht unter <https://www.bvsw.de/aus-und-weiterbildung/> zum Abruf bereit. Eine Langversion dieses Beitrags kann unter <https://t1p.de/ev3bd> abgerufen werden.

Was erwartet die Besucher auf der GaLaBau 2024?

Dittrich: In 14 Messehallen und auf den Aktionsflächen im Außenbereich decken wir den gesamten Bedarf für GaLaBau-Betriebe, Landschaftsarchitekten, kommunale Vertreter, Motoristen sowie Betreiber von Spiel-, Sport- und Golfplätzen ab. Egal ob Pflegemaschinen und Pflegegeräte, Baumaschinen und Baugeräte, Stoffe und Bauteile oder Pflanzen – die GaLaBau bietet in sämtlichen Bereichen die beste Orientierung über alle aktuellen Trendprodukte. Besucher können sich online mit der Aussteller- und Produktdatenbank

und dem interaktiven Hallenplan informieren und vorbereiten: www.galabau-messe.com/hallenplan.

Zahlreiche Highlights hält auch wieder das vielseitige attraktive Rahmenprogramm bereit. Hier spannt sich die Bandbreite von verschiedenen thematisch gegliederten Foren über Aktionsflächen mit tollen Vorführungen bis hin zu Preisverleihungen und Wettbewerben wie dem Landschaftsgärtner-Cup. Die GaLaBau dient unter anderem dazu, der Branche eine Plattform zum Austausch und gezielte Lösungsansätze für akute Herausforderungen zu geben.

Maßnahmen zur Klimaanpassung

Wie unterstützt die GaLaBau beispielsweise die Umsetzung von Maßnahmen zur Klimaanpassung?

Dittrich: Damit dieses wichtige Thema die nötige Aufmerksamkeit bekommt, wird es auf der GaLaBau 2024 wieder den GRÜN-BLAUEN PFAD geben. Grün-blaue Infrastruktur im Garten- und Landschaftsbau, wie klimaresiliente Begrünungen, Klimabäume oder intelligente Lösungen zum Regenwassermanagement, können helfen, Städte und Freiräume widerstandsfähiger gegen extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen und Starkregen zu machen. Wir heben deshalb mit dem GRÜN-BLAUEN PFAD Aussteller hervor, die Techniken, Dienstleistungen oder Produkte wie begrünte Dächer und Fassaden,

nachhaltige Softwarelösungen, Regenwassermanagement-Systeme, sickerfähige Beläge, Rinnensysteme, ökologische Drainagen oder nachhaltige Landschaftsgestaltungskonzepte an ihren Messeständen zeigen. Alle Teilnehmer des GRÜN-BLAUEN PFADS wurden vorab von einer erfahrenen Fachjury geprüft und zugelassen. Die teilnehmenden Aussteller sind an speziellen GRÜN-BLAUEN PFAD Markierungen an den Messeständen und im Messebegleiter erkennbar. Mehr Informationen zum GRÜN-BLAUEN PFAD unter: www.galabau-messe.com/de-de/ausstellen/der-gruen-blaue-pfad.

Die GaLaBau feiert in diesem Jahr ihr 25. Jubiläum. Warum sollte man sich diese Jubiläumsausgabe auf keinen Fall entgehen lassen?

Dittrich: Neben den spannenden Lösungen und Innovationen an den Messeständen der Aussteller ist es besonders die lockere „anpacken und ausprobieren“-Stimmung, die den Charakter der GaLaBau auszeichnet. Nicht umsonst wird die GaLaBau oft als großes Familientreffen bezeichnet. Zur 25. Ausgabe der GaLaBau kommen wichtige Personen und renommierte Experten der Branche zusammen, z. B. Branchen-Promis, Nachwuchstalente, Persönlichkeiten hinter der Messe und langjährige Weggefährten. Einige davon haben wir schon vorab in unserer Jubiläumsreihe vorgestellt unter: www.galabau-messe.com/de-de/entdecken/25-koepfe.



Erntehelfer. Facharbeiter. Straßenmeister. Oder kurz: Unimog.

Der Unimog überzeugt Agrar- und Lohnunternehmen mit seiner enormen Wirtschaftlichkeit.

Dafür sorgen der geringe Kraftstoffverbrauch bei gleichzeitig hoher Leistung von bis zu 220 kW (299 PS), Front- und Heckzapfwelle sowie Hydraulik ab Werk,

schneller Gerätewechsel und dadurch eine hervorragende Auslastung an 365 Tagen im Jahr. Auf dem Acker und im Grünland Einsatz bewegt sich der Allrounder zudem genauso souverän wie auf Straßen.



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/de/unimog/lohnunternehmer-und-dienstleister

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstätt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Große Kreisstadt Freising mit rund 50.000 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit dem 1. Mai 2012 bin ich hauptamtlicher Oberbürgermeister.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Selbständig: Inhaber einer Cafeteria und Mitgesellschafter sowie Redakteur eines Verlags

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich wollte schon als Jugendlicher das Leben und das Bild meiner Stadt mitgestalten.

Tobias Eschenbacher

Oberbürgermeister
der Stadt Freising

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich bin seit 2002 Mitglied des Stadtrats, dadurch hatte ich bereits Einblick in die Themen- und Aufgabengebiete.

Außerdem habe ich eine sehr kompetente und loyale Verwaltung. Das hat den Einstieg erheblich erleichtert.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Bei Amtsantritt lag eine Hauptherausforderung in der Umsetzung von mehreren Großprojekten und der Transformation der Altstadt.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Auf baulicher Ebene sind es vor allem Projekte aus dem Bildungsbereich (KITas und Schulen). Außerdem haben wir mit Fachkräftemangel zu tun, der sich vor allem im Betreuungsbereich bemerkbar macht. Darüber hinaus haben wir mit einer angespannten Haushaltslage im Nachgang zur Pandemie und der Energiekrise zu kämpfen.



Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die größten Herausforderungen sind derzeit der Fachkräftemangel, die Mobilitätswende und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Die wichtigste Erkenntnis ist, dass man in der Politik immer Abwägungsentscheidungen treffen muss und diese meistens nicht nur Befürworter haben. Deshalb ist es gut, wenn man die Entscheidungen stets für sich selbst begründen kann und zum Zeitpunkt, an dem man sie trifft, dazu steht, sich aber auch immer mal wieder hinterfragt, ob sie heute noch richtig sind.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Auch, wenn man im Ergebnis nicht allen alles recht machen kann, ist es m.E. wichtig, zumindest die Gelegenheit zum Austausch zu geben und sich alle Argumente und Gegenargumente anzuhören und abzuwägen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung ist ein Kraftakt, ein immerwährender Prozess und wird hoffentlich den einen oder anderen Weg am Ende vereinfachen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Wichtig finde ich, dass einem die Arbeit in Summe Spaß macht, denn dafür verbringen wir zu viel Zeit damit.

Frei nach Konfuzius: „Wähle einen Beruf, der dir Freude bereitet und du brauchst nicht mehr zu arbeiten.“

Ich denke, in meiner Amtszeit hat sich das Gesicht der Stadt in großen Teilen zum – aus meiner Sicht – Positiven verändert. Ich hoffe, dass das jetzt und in Zukunft von der Mehrheit ebenso gesehen wird.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ich möchte, dass man mich als Landrat in Erinnerung bleibt, der die Freude bereitet und du brauchst nicht mehr zu arbeiten.

Ich möchte, dass man mich als Landrat in Erinnerung bleibt, der die Freude bereitet und du brauchst nicht mehr zu arbeiten.



Zusammen für Energieeffizienz im Oberland: Netzwerktreffen von Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden Benediktbeuern, Bernried am Starnberger See, Egling, Fischbachau, Gmund am Tegersee, Hausham, Otterfing, Pähl, Tutzing, Stadt Tegersee, des Markts Holzkirchen, des Landkreises Miesbach, des Instituts für nachhaltige Energieversorgung und der Energiewende Oberland. Bild: Energiewende Oberland

Stromautarkie mit erneuerbaren Energien bei kritischer Infrastruktur

„Können Abwasser-Pumpenanlagen betrieben werden, wenn der Strom ausfällt?“ Mit dieser Frage hat sich Markus Spallek von den Gemeindefunktionen Holzkirchen mit seinem Team befasst. Das Ergebnis: mit der herkömmlichen Notstromversorgung per Dieselaggregat ist eine Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur nicht möglich. Die Alternative fand Spallek in einer notstromsicheren Kombination aus Photovoltaik und Batterie-Speicher. Durch die Umstellung auf Erneuerbare Energien ist es nun möglich den Fortbetrieb im Krisenfall aufrechtzuerhalten und zusätzlich Energie und Kosten einzusparen. Die neu errichtete Stromversorgung ist nicht nur Schutz vor Blackout, sondern liefert auch günstigen Solarstrom. Dabei ist sie deutlich wartungsärmer als ein Aggregat auf Basis fossiler Energie. Schritt für Schritt möchte der Markt Holzkirchen nun die größten Pumpenhäuser mit dieser Technik ausstatten.

Auf dem 12. Netzwerktreffen des Energieeffizienz-Netzwerks für Kommunen im Oberland lauschten die teilnehmenden Kommunen den Ausführungen von Spallek und waren beeindruckt. „Das ist genau der Gedanke des Netzwerks“, so Stefan Drexelmeier, vom Kompetenzzentrum Energie der Energiewende Oberland. „Wir möchten, dass die

teilnehmenden Kommunen Erfahrungen teilen und sich direkt aus erster Hand informieren können.“

Positive Bilanz der letzten drei Jahre

Bei einem Rückblick auf die letzten drei Jahre lobten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Netzwerktreffens den Netzwerkgedanken und den Austausch bei den Netzwerktreffen. „Der Austausch mit anderen Kommunen ist sehr wertvoll“, so ein Teilnehmer. „So können wir voneinander lernen und unsere Erfahrungen austauschen.“ Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonten außerdem, dass der Netzwerkgedanke auch zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich Energie und Klimaschutz im eigenen Haus geführt habe. „Das Thema Energie und Klimaschutz steht jetzt öfter auf der Tagesordnung“, so ein Teilnehmer. „Das ist ein sehr positiver Effekt des Netzwerks.“

Sebastian Gröbmayr vom Institut für nachhaltige Energieversorgung GmbH nahm den Ball auf und ermutigte alle Teilnehmerinnen die „Kräfte für die letzten drei Monate nochmal zu bündeln, um Ende September rundum zufriedene Gesichter bei der feierlichen Abschlussveranstaltung“ zum Netzwerk sehen zu können.

Blick in die Zukunft der Fernwärme-Versorgung

Zum Abschluss des Netzwerktreffens stellte André Behre, Vorstand der Stadtwerke Penzberg die Energiezentrale als Vorzeigeprojekt vor. Die Energiezentrale ist mit einem Biomasse-Heizkessel mit einer Leistung von 1,8 MW und einer Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 300 kWp ausgestattet. Zusätzlich soll perspektivisch die PV-Freiflächenanlage auf Gut Hub die Energiezentrale mit einer Direktleitung mit Strom versorgen.

Energieeffizienz-Netzwerk für Kommunen

Im Energieeffizienznetzwerk setzen sich während drei Jahren zwölf Gemeinden sowie ein Landkreis aus dem Oberland gemeinsam intensiv mit dem Thema Energieeffizienz auseinander und tauschen Erfahrungen aus.

Begleitet wird das Netzwerk fachlich vom Institut für nach-

haltige Energieversorgung (INEV) und dem Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland. Im Rahmen der Netzwerktreffen werden klassische Themen wie Energieeffizienz in kommunalen Liegenschaften, Einführung von Energiemanagement-Systemen oder die Unterstützung bei Nahwärmennetzen erarbeitet, aber auch Zukunftsthemen wie Elektromobilität und die Kombination von Strom, Wärme und Mobilität vorgebracht. Parallel zu den Netzwerktreffen erhalten die Kommunen individuelle fachliche Beratung bei der Umsetzung der Projekte. □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPVB in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPVB)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Postanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Jede Menge los in Mini-München.

Bild: Gerard Pleyne

45 Jahre Mini-München

Bis zu 2.000 Kinder und Jugendliche gestalten ihre eigene Stadt

Mini-München lädt in den ersten drei Sommerferienwochen Kinder und Jugendliche in das Showpalast-Gelände in München/Fröttmaning ein. Auch 2024 erwarten die Veranstalter täglich bis zu 2.000 junge Gäste. Mini-München ist seit 45 Jahren das größte Ferienangebot der Landeshauptstadt München. Alle Kinder zwischen sieben und 15 Jahren können mitmachen, kostenlos und ohne Anmeldung. In der Spielstadt schlüpfen sie in die unterschiedlichsten Rollen einer Stadtgesellschaft, die sie aktiv ausprobieren, kreativ interpretieren und nach eigenen Wünschen gestalten.

In Mini-München, der Stadt der Kinder und Jugendlichen, gehen alle einer Arbeit nach. Als Bürger organisieren sie Wahlen und Märkte, machen Schlagzeilen, empfangen internationale Gäste, schaffen neue Verkehrsrouten, feiern Feste und sammeln den Müll ein. Immer wieder streifen sie dabei den Alltag des großen Münchens.

Faszination Spielstadt

„Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Stadtgeschehen, sei es auf Spielstadtebene oder in Bezug auf die große Stadt, ist dem Projekt gewissermaßen eingeschrieben“, erklärt Bürgermeisterin Verena Dietl. „Die Spielstadt bezieht ihre Spielimpulse aus der großen Stadt. Als Bürgermeisterin und ehemalige Mini-Münchnerin weiß ich um die Faszination

der Spielstadt. Bei Mini-München erleben Kinder spielerisch, wie eine Stadt funktioniert und die Welt der Großen im Inneren zusammenhängt.“ Mehr als 60 Partner aus Wirtschaft, Kultur, Verwaltung, Medien, Handwerk und Wissenschaft machen mit. So entsteht eine große, vielfältige und spannungsvolle Spielstadt in der realen Stadt.

Veranstalter ist der freie Kultur- und Bildungsträger Kultur und Spielraum e.V. im Auftrag der Landeshauptstadt München, Sozialreferat/Stadtjugendamt. „Man kann dort viel Spaß haben, neue Freunde finden, und sich noch dazu in unterschiedlichsten Tätigkeiten und Rollen ausprobieren“, freut sich Sozialreferentin Dorothee Schiwy. Die Projektvorstellung zu Mini-München und aktuelle Informationen gibt es unter www.mini-muenchen.info. □

Kommunales Bildungsmanagement

Landkreis Regen setzt auf die Weiterentwicklung eines zentralen Standortfaktors in der Region

Regen. Anfang des Jahres wurde auf Initiative von Landrat Dr. Ronny Raith im Landkreis Regen das Zentrum für Chancengleichheit eingerichtet und als Stabsstelle im Landratsamt angesiedelt. Zentrales Handlungsfeld der Stabsstelle ist auch die Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft.

„Der Bereich der Bildung ist eines der wesentlichen Aufgabengebiete des Zentrums für Chancengleichheit“, erklärt Raith, „als Landrat ist es mir äußerst wichtig, für die Menschen in meiner Heimat ein Umfeld zu schaffen, über das sie sagen: Hier habe ich alles, was ich brauche. Hier sehe ich meine Zukunft. Dafür ist eine gute Bildung im Landkreis, zu der alle die gleichen Zugangschancen haben, ganz essenziell. Sie befähigt die Leute dazu, das eigene Leben möglichst frei zu gestalten und die eigenen Lebensziele zu verwirklichen.“ Ziel vor Ort ist es, die kommunale Bildungslandschaft für Bürgerinnen und Bürger jeden Alters ihren individuellen Voraussetzungen entsprechend bedarfsgerecht und leicht zugänglich zu gestalten. So mit arbeitet die Kommune an einem bedeutenden Hebel für die Standortattraktivität der Region und schafft die Voraussetzung für mehr Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Um dies gemeinsam mit allen relevanten Bildungsakteuren zu erreichen, macht sich der Landkreis Regen auf den Weg, ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement (DKBM) aufzubauen. Unterstützt wird der Landkreis dabei von der Regionalen Entwicklungsgesellschaft für kommunales Bildungsmanagement in Bayern (REAB Bayern).

Vor kurzem lud Raith die REAB Bayern zu einem gemeinsamen Termin mit dem Leiter des Zentrums für Chancengleichheit

Andreas Koneberg ein und unterzeichnete eine Kooperationsvereinbarung mit der REAB Bayern. „Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit mit der REAB Bayern und sind davon überzeugt, dass wir gemeinsam im Bereich Bildung beziehungsweise Bildungsgerechtigkeit unseren Landkreis noch besser aufstellen können und interessante und vor allem bedarfsorientierte und maßgeschneiderte Angebote für alle umsetzen können. Alle Landkreisbürgerinnen und -bürger werden von diesem Mehrwert profitieren und auch für den Landkreis als Ganzes ergibt sich ein wichtiger Standortvorteil“, so Koneberg, „Bildung muss für alle zugänglich sein und mit der Kooperation gehen wir einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.“

Zu Beginn: Bestandsanalyse

Zum Einstieg in den Begleitprozess wird das Zentrum für Chancengleichheit gemeinsam mit der REAB Bayern eine Bestandsanalyse der kommunalen Bildungslandschaft vornehmen. So können bestehende Strukturen und Anknüpfungspunkte identifiziert werden, auf welchen die Kommune aufbauen kann. Anschließend wird ein individueller Meilensteinplan erarbeitet, um konkrete Schritte im DKBM-Aufbau festzulegen, wie beispielsweise die Einrichtung eines Bildungsgremiums. □



V.l.: Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB, Kristan von Waldenfels, MdL, Matthias Fischer, Luisenburg Festspiele, Dr. Oliver Bär, Landrat Hof, Birgit Simmler, Luisenburg Festspiele, Johann Kalb, Landrat Bamberg, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Henry Schramm, Bezirksstagspräsident Oberfranken, Peter Daniel Forster, Bezirksstagspräsident Mittelfranken, Stefan Funk, Bezirksstagspräsident Unterfranken, Finanzstaatssekretär Martin Schöffel, MdL, Nicolas Lahovnik, Erster Bürgermeister Wunsiedel, Landrat Peter Berek sowie Klaus Peter Söllner, Landrat von Kulmbach und Bezirksstagsvizepräsident Oberfranken. Bild: Sabine Heid

Ganz Wunsiedel feiert

Tag der Franken lockt tausende Besucher

Mit einem Festakt, einem großen Stadtfest und viel fränkischem Selbstbewusstsein feierten die Menschen in Wunsiedel Anfang Juli den Tag der Franken. Der Bezirk Oberfranken hatte in Kooperation mit der Stadt Wunsiedel zur Großveranstaltung unter dem Motto „Vorhang auf für Franken“ geladen. Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bezirksstagspräsident Henry Schramm stellten in ihren Reden vor allem eines heraus: Die Franken können stolz sein auf sich und ihre Heimat.

„Diejenigen, die ihr Erbe kennen und fortentwickeln, die heute etwas leisten und bei Ihrem Tun das Morgen im Blick haben, diese Regionen werden im Wettbewerb die Nase vorn haben“, ist sich Bezirksstagspräsident Henry Schramm sicher. In seiner Begrüßung zum Festakt auf der Luisenburg in Wunsiedel stellte er vor zahlreichen Ehrengästen die Stärken Oberfrankens heraus: ein üppiges Kultur- und Naturerbe, die Genussregion mit einer hohen Dichte an Handwerksbetrieben, Industriefirmen und Universitäten mit Weltruf. Dies unterstrich auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Festansprache und stellte abschließend fest:

„Ich mag Franken, hier wohnen liebenswerte Menschen, in einer liebenswerten Region.“ In wilden Zeiten sei es zudem sehr wichtig, zu wissen wo die eigenen Wurzeln liegen, so Söder.

Buntes Programm

Auch Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold plädierte in seinem historischen Diskurs für mehr Selbstbewusstsein der Franken. Er blickte auf die Rolle Frankens in Bayern in den vergangenen 200 Jahren zurück und bemerkte kritisch: „Franken steht auch deshalb im Schatten, weil es sein Licht selbst unter den Scheffel stellt.“ Passend zum Motto

„Vorhang auf für Franken“ wurden beim der Festakt Szenen aus dem aktuellen Programm der Luisenburg-Festspiele gezeigt.

Am Vormittag begann in der Innenstadt von Wunsiedel schließlich ein großes Bürgerfest anlässlich des Tags der Franken – und die ganze Stadt war auf den Beinen. Auf den Bühnen gab es ein abwechslungsreiches Programm mit Tanz- Musik und Kulturvorträgen. In den Straßen beteiligten sich über 120 Vereine, Verbände und Gastronomen mit Ständen und Mitmach-Angeboten für die Besucher. Die Straßen waren den ganzen Tag über voller Menschen, die Farben Rot und Weiß dominierten das Stadtbild. Bezirksstagspräsident Henry Schramm bedankte sich bei allen engagierten Ehrenamtlichen und Organisatoren, die zum Gelingen beigetragen haben. „Es war ein lebendiger und fröhlicher Festtag mit viel fränkischen Selbstbewusstsein“, so sein Fazit. □

Krisendienste Bayern:

Anrufzahlen steigen erneut an

Bezirksstagspräsident Franz Löffler: „Krisendienste Bayern werden eine immer wichtigere Säule in der Versorgungslandschaft“

Für das Jahr 2023 können die Krisendienste Bayern erneut eine gestiegene Inanspruchnahme verzeichnen. Im vergangenen Kalenderjahr führten die Leitstellen insgesamt 88.111 Telefonate mit Menschen in seelischer Not. Darüber hinaus fanden 3.847 persönliche Kriseninterventionen durch mobile Einsatzteams statt.

Für Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirktags, zeigt die gestiegene Inanspruchnahme, wie wichtig niedrigschwellige Beratungsangebote wie die Krisendienste Bayern sind: „Schnelle und professionelle Hilfe kann in psychischen Krisen eine weitere Eskalation stoppen oder sogar verhindern, dass sich die Krise in Form einer psychischen Erkrankung chronifiziert. Wir Bezirke sind stolz, mit den Krisendiensten Bayern ein Angebot geschaffen zu haben, das von den Menschen so gut angenommen wird. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Prävention von psychischen Erkrankungen.“

Martin Guth, Sprecher der sieben Leitstellen der Krisendienste Bayern, sagt: „Seelische Krisen bringen Menschen an die Grenzen ihrer emotionalen und körperlichen Belastbarkeit. In dieser Situation sind wir von den Krisendiensten Bayern da. Wir hören zu, sortieren Gedanken und besprechen, was die nächsten Schritte sein können, um aus der Krise herauszufinden. Viele Menschen denken immer noch, dass ihre Not nicht groß genug ist, um

bei uns anzurufen. Ich kann nur sagen: Jeder Mensch, der sich psychisch belastet fühlt, ist bei uns richtig! Wir sind rund um die Uhr erreichbar und immer nur einen Anruf entfernt.“

Doppelstrukturen vermeiden

Mit Blick auf die Überlegungen des Bundesgesundheitsministeriums, ein Konzept für eine zentrale deutschlandweite Krisendienst-Notrufnummer zu entwickeln, sagt Verbandspräsident Löffler: „Grundsätzlich begrüße ich jede Verbesserung der Suizidprävention. Der Aufbau eines bundesweiten Krisendienstes kann aber aus unserer Sicht nur gelingen, wenn auf bewährte regionale Strukturen aufgebaut und an diese angeknüpft wird. Es sollte auf jeden Fall vermieden werden, Doppelstrukturen aufzubauen oder bereits etablierte und bewährte Strukturen zurückzubauen.“

Landkreis Forchheim leuchtet in LED

Ebermannstadt. Die Kommunen im Landkreis Forchheim sind ein leuchtendes Beispiel bei der LED-Umrüstung: Als erster bayerischer Landkreis wurde die Straßenbeleuchtung in allen 28 Gemeinden auf effiziente LED-Technik umgestellt. Das feierten die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) sowie die Stadtwerke Ebermannstadt, die beiden Netzbetreiber im Landkreis, bei einem gemeinsamen Termin mit Umweltminister Thorsten Glauber.

Bis vor einigen Wochen war viel los im Landkreis Forchheim, jetzt hat sich der Erfolg eingestellt: Jede einzelne Straßenleuchte im öffentlichen Raum wurde nun auf die energiesparende und klimaschonende LED-Technik umgestellt.

„Ebermannstadt und der Landkreis Forchheim gehen mit der LED-Umrüstung voran. Das spart Strom und für die Bürgerinnen und Bürger bares Geld“, betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber beim gemeinsamen Termin mit den landkreisanhängigen Bürgermeistern und dem stellvertretenden Landrat Otto Siebenhaar.

Dimmbares LED-Licht sorgt für eine angenehme Atmosphäre und

GZ PINOS WELT

Ab nächstem Schuljahr wird an bayerischen Schulen eine Innovation Einzug halten: Die Verfassungsviertelstunde. So im Koalitionsvertrag der Staatsregierung vorgesehen, dürfte es sich um eine bundesweit einmalige Weiterentwicklung der klassischen Penne hin zu einem Ort der Schaffung staatsbürgerlichen Bewusstseins handeln.

Als solche ist sie natürlich zunächst ein Beispiel dafür, dass der Bildungsföderalismus einen echten Mehrwert hat. Im Bildungsbereich liefern sich die Länder immer noch das, was man in anderen Bereichen wie der Wirtschafts-, Haushalts- oder Steuerpolitik so schmerzlich vermisst, nämlich einen um bessere Lösungen ringenden Wettbewerbsföderalismus. Oder wer würde wirklich glauben, aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dieser ideen- und inspirationsfreien Zone, die seit vielen Jahren vom



Fragestellungen einräumen würden.

Und Stoff für spannende Viertelstunden bieten sowohl die Bayerische Verfassung als auch das Grundgesetz ja allemal. Mich treibt zum Beispiel das Thema Meinungsfreiheit um, seit vor gut einem halben Jahr eine Allensbach-Studie zum Ergebnis gekommen ist, dass nur 40 Prozent der Deutschen glauben, ihre politische Meinung frei äußern zu können, 44 Prozent aber zur Vorsicht, vulgo zur Selbstzensur im öffentlichen Meinungsstreit raten. Bei der Gen-Z sieht es mit 50 zu 32 zwar besser aus, aber wenn ein Drittel derer, die noch zur Schule oder Hochschule gehen oder diese erst kurz hinter sich gebracht haben, meinen, sie müssten sich selbst Maulkörbe umhängen, ist das für eine freiheitliche Gesellschaft alarmierend.

Klar, auch die Meinungs-, Rede- und Publikationsfreiheit kann nicht grenzenlos sein. Sie muss die Persönlichkeitsrechte und die Ehre anderer wahren und einige Dinge, die in anderen Staaten zwar als ekelhaft, aber nicht strafwürdig angesehen werden, wie Volksverhetzung oder das Bekenntnis zum Nationalsozialismus, sind bei uns im Lichte unserer Vergangenheit zu Recht geächtet. Aber die Unsicherheit, die manch einem rät, seine wahre Meinung nicht kundzutun, entspringt ja nicht primär staatlichem Handeln oder staatlichen Vorgaben. Wobei gerade die amtierende Bundesinnenministerin aufpassen muss, nicht zu vergessen, dass die Demokratie geboren wurde als der erste mutige Mann öffentlich sagte „Der König ist ein Tyrann“. Will sagen, auch scharfe, beißende und verletzende Kritik an den Regierenden ist nicht „staatszersetzende Hetze“, sondern muss mit der Waffe der Gegenrede bekämpft werden.

Genau wie unsere allmächtigen Zensoren auf X, Insta und Co., die schnell mal einen Shitstorm auspacken oder Meinungen, die nicht in ihre Weltbilder passen, canceln und so den Schreiber dem sozialen Netzwerkot überantworten. Auch hier könnte eine gut gemachte Verfassungsviertelstunde zur Meinungsfreiheit durchaus Mut zur Widerrede einhauchen.

Lassen wir, wie vor zwei Wochen, Barack Obama das letzte Wort haben: „Die stärkste Waffe gegen Hassreden ist nicht Unterdrückung, sondern es ist mehr reden.“

Verfassungsviertelstunde für Meinungsfreiheit!

überforderten und sauertöpfischen politischen Proporz geführt wird, könnten echte Impulse für die Schulen im Sinne der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Zukunftsfähigkeit des Landes oder wie bei der Verfassungsviertelstunde zur Stärkung des demokratischen Zusammenhalts der Gesellschaft kommen?

Klar, so manch einer und eine reibt sich an dem neuartigen Konzept; aber mit gesundem Katzen- bzw. Menschenverstand scheint es durchaus möglich, 15 Minuten irgendwann von Montag früh bis Freitagnachmittag mal was aus dem Stundenplan rauszuschneiden, um über Verfassung, Demokratie und Grundrechte zu sprechen. Vor allem, wenn man es in Relation zur Bildschirmzeit setzt, die Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 19 Jahren rein statistisch zwischen Montag und Freitag ansammeln, nämlich ganze 1.120 Minuten.

Außerdem, was wären das für traurige Pädagogen, die nicht schon jetzt im Schulalltag und vor allem in diskutierenden Fächern wie Deutsch, Religion/Ethik, Politik und Gesellschaft (den Älteren noch als Sozialkunde geläufig) oder Geschichte nicht auch Raum für aktuelle Entwicklungen und unter den Nägeln brennenden

Ihr Pino

1000 Jahre Pulling

Pulling wird heuer 1.000 Jahre alt. Grund genug, das runde Jubiläum des Freisinger Ortsteils mit einem großen Feierwochenende zu begehen. Begeistert zeigte sich Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher vom Programm der Feierlichkeiten: „Es ist beeindruckend, was die Vereine, Organisationen und viele Freiwillige dort auf die Beine gestellt haben!“ Im Jahr 1024 wird erstmalig in Freisinger Urkunden der Freibauer „Pullo“ erwähnt, der sich auf dem heutigen Gemeindegrund im Süd-Westen Freising niedergelassen hat. Diese sowie weitere Höfe waren der Ursprung der Gemeinde Pulling, die 1818 gegründet wurde und damals Achering, Dürneck sowie Eggertshofen umfasste. Bereits 1886 wurde Pulling mit dem Zug auf der Bahnstrecke München-Regensburg erschlossen, was dem Ort seither reges Bevölkerungswachstum beschert. 1978 erfolgte die Eingemeindung in die Stadt Freising.

Die Feierlichkeiten am ersten Juli-Wochenende hatten für jeden Geschmack etwas zu bieten: von Kinderprogramm, Feuerlöscher-Training, Kirchenumzug mit Fahnenabordnung und anschließendem Gottesdienst, Theateraufführungen und Livemusik bis hin zum Traktor-Pulling, einem Bremswagenziehen, bei dem über 50 Traktoren in verschiedenen Leistungsklassen antraten. Ein Höhepunkt: die Vorstellung einer umfangreichen 400-Seiten Chronik samt flankierender Ausstellung in der Mehrzweckhalle, die mit Vereinsgeschichten, Auszügen aus Gemeindeprotokollen, sowie altem Filmmaterial aufwartete.

Heimat braucht Gemeinschaft

Bei seinen Grußworten am Festsonntag verwies OB Eschenbacher auf Pullings bewegte Geschichte. Nach der Eingemeindung in die Stadt Freising habe der Ort zwar seine Selbstständigkeit verloren, allerdings hätten die dort ansässigen Vereine weiterhin stark und äußerst aktiv das Leben im neuen Freising

ger Gemeindeteil gestaltet. „Die Geschichte kreiert die Heimat – und Heimat braucht immer Gemeinschaft“, unterstrich der Rathauschef.

Der Freisinger Landrat Helmut Petz lobte insbesondere Ortschronist Josef Pellmeyer für dessen umfangreiche Arbeit, in der viel Herzblut stecke. Der Pullinger per se sei eine Kämpfernatur, was sich auch im jahrelangen Widerstand gegen den Bau der 3. Startbahn am Münchner Flughafen zeige.

Dr. Florian Herrmann, Freisinger Landtagsabgeordneter und Chef der Bayerischen Staatskanzlei, sprach von „einer großartigen Feierlichkeit mit Fahnenweihe und Aktivitäten für alle Generationen“. „Wie das Leben vor 1.000 Jahren war, können wir uns nur schwer vorstellen und wie es in 1.000 Jahren sein wird, auch. Also leben wir eben in der Zeitstunde, in die wir geworfen wurden und gestalten unser Leben - am besten in Gemeinschaft wie in der aktiven Ortsgemeinschaft von Pulling. Danke allen, die das schöne Fest ermöglicht haben!“ DK

Kinderbibliothekspreis 2024:

Zeichen setzen für die Leseförderung

Bayernwerk verleiht Kinderbibliothekspreis und Lesezeichen
75.000 Euro für Leseförderung – Paul Maar-Preis geht an Anne Becker

Regensburg. Zum 18. Mal hat die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) bayerische Büchereien mit dem Kinderbibliothekspreis ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung im Marina-Forum in Regensburg statt. Unter dem Motto „leseZEICHEN SETZEN“ führte Moderator Thomas Ohrner durch den Abend. Im Anschluss an die Verleihung des Kinderbibliothekspreises wurde an diesem Abend auch der nach dem Kinderbuchautor Paul Maar benannte Preis „Korbinian – Paul Maar-Preis für neue Talente“ für Nachwuchsautorinnen und Nachwuchsautoren verliehen.

Der Kinderbibliothekspreis ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert und zeichnet das Engagement der Einrichtungen für die Leseförderung im Kinder- und Jugendbereich aus. Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender des Bayernwerks, überreichte den Preis zusammen mit Ministerialrätin Dr. Elisabeth Donoghue, Referentin für Literaturförderung und Kulturelle Bildung des Bayerischen Staatsministeriums

für Wissenschaft und Kunst, an die fünf Preisträger. Dr. Egon Leo Westphal betonte: „Diese Auszeichnung ist eine Herzensangelegenheit. Mit diesem Preis setzen wir ein Zeichen für die Relevanz von Leseförderung. Lesen und Bildung sind Grundlagen individueller Entwicklung und damit ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft.“ In diesem Jahr geht der Preis an die Stadtbücherei Baunach in Oberfran-

ken, die öffentliche Bücherei Wolframs-Eschenbach in Mittelfranken, die Gemeindebücherei Winhöring in Oberbayern und an die Bibliothek Markt Stockstadt in Unterfranken. Über den Sonderpreis darf sich die Gemeindebücherei Ergolding in Niederbayern freuen. Kunstminister Markus Blume betonte anlässlich der Verleihung: „Bücher, Bildung, Begeisterung – das bieten unsere Bibliotheken im Freistaat!“

„Korbinian – Paul Maar-Preis für neue Talente“

Um jungen Schriftstellern den Weg in die Literaturszene zu erleichtern, stiftet das Bayernwerk den mit 2.500 Euro dotierten Nachwuchspreis der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur. Den Paul-Maar-Preis „Korbinian“ für neue Talente erhielt in diesem Jahr Anne Becker mit „Luftmaschentage“ (Beltz & Gelberg). Überreicht wurde er von Dr. Claudia Maria Pecher, Präsidentin der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur.

Familienfreundliche Oasen

Die Stadtbücherei Baunach eröffnete ihre Türen 2013 im neu



Die Preisträger des „Kinderbibliothekspreises 2024“ sowie des „Korbinian - Paul Maar-Preis für neue Talente“.

Bild: Alex Schelbert, wildcard/ Bayernwerk AG

erbauten Bürgerhaus der Stadt. Ein neues Bibliothekskonzept macht die Bücherei seither für die veränderten Nutzungsbedürfnisse und aktuellen Medienbedarfe fit und zukunftsfähig. Dass Familien hier besonders willkommen sind, zeigt sich auch im Raumkonzept der Stadtbücherei. So fügen sich an die Reihen der Erwachsenenbücher Regale für Kindersachbücher. Gemütliche Sitzmöglichkeiten laden kleine und große Gäste zum Schmökern ein.

Die öffentliche Bücherei Wolframs-Eschenbach befindet sich in einem historischen Gebäude von 1638, das komplett renoviert wurde. Mit einem kla-

ren Fokus auf Kinder und Familien kombiniert der traditionelle Bau moderne Architektur und Technik.

Für die Gemeindebücherei Winhöring stehen ihre kleinen Gäste an erster Stelle. So bietet die Bücherei beispielsweise ehrenamtliche Lesepatenschaften für Leseinsteiger und Kinder mit Migrationshintergrund an. In Eltern-Kind-Gruppen können Kinder schon im frühen Alter ihre Freude am Lesen entdecken.

Die Bibliothek Markt Stockstadt wurde 2018 neugestaltet. Heute fußt die Bibliotheksarbeit auf einem Bibliothekskonzept, das vor allem die Leseförderung in den

Mittelpunkt stellt. Die Bibliothek kooperiert mit zwei Schulen und vier Kitas vor Ort und bietet zahlreiche Veranstaltungen an, die allesamt ein Ziel verfolgen: die Freude am Lesen fördern.

Die regional bekannte Gemeindebücherei Ergolding befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft eines Kinderhorts, der Volkshochschule und der örtlichen Grund- und Mittelschule. Damit ist die Bücherei ein ideal gelegener Treffpunkt für Kinder und Familien. Eine helle Atmosphäre mit gemütlichen Sitz- und Leseecken und einem bunt gestalteten Lesegarten für Kinder lädt zum Verweilen ein.

Vorschau auf GZ 15-16

In unserer Ausgabe Nr. 15-16/2024, die am 1. August 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser/Abwasser
- Kommunaler Bau
- Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze
- Ortskernbelebung, Renovierung/Denkmalschutz
- Freizeitanlagen, Tourismus
- Kommunale Museen und Bibliotheken

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSÖRGERUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de

Energiedienstleistung



Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
usw.

Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau



GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.

Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW

www.netcom-bw.de

GLASFASER Schnell, Stabil, Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz



www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel BSI Kommunal CISIS12 Schulungen eLearning

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin 0385/30 31-251 info@kubus-mv.de

Standort München 089/44 235 40-00 bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal

Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER: www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunales Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilen und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Kommunen kompetent erreichen:

www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

Nachrüstbar im laufenden Betrieb

Montage vor Ort durch modulare Bauweise

Keim- und schadstoffübertragungsfrei

Werkseigener Kundendienst

Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH

www.sew-kempen.de



Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung beratung - planung - vertrieb grünware - lichtschlauch - led

bahnhofstraße 8 91233 neunkirchen a. sand telefon: 09123/99 812 99 telefax: 09123/99 812 98 deko-jochum@t-online.de www.deko-jochum.de

Vertragshändler für



Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!